

1

GRUNDSATZPROGRAMM der Partei Die Heimat (HEIMAT)

2

3

4

„Wiedergeburt aus dem Eigenen“

5

6 Kapitelübersicht

7		Seite
8	(1) Einleitung & Leitsätze	03
9	(2) Wer wir sind – Das Volk als Subjekt der Geschichte	09
10	(3) Das Volk – Ursprung und Auftrag	11
11	(4) Heimat und Raum, Geborgenheit und Freiheit	13
12	(5) Demographie und Remigration – Zukunft braucht Herkunft	14
13	(6) Jugend, Zukunft und nationale Erneuerung	16
14	(7) Zukunft hat Leben – Familie, Kinder, Volksgemeinschaft	19
15	(8) Bildung und Kultur – Erneuerung von Geist und Charakter	22
16	(9) Solidarität für Deutsche – für eine neue soziale Ordnung	24
17	(10) Altern in Würde – Generationenvertrag in Zeiten des Umbruchs	27
18	(11) Kein Sozialamt für die ganze Welt – Schutz der Solidargemeinschaft	
19	vor Asylmissbrauch	29
20	(12) Biopolitik – der Körper als letzter Kampfplatz	30
21	(13) Freiheit – nicht vom, sondern für das Volk	32
22	(14) Meinungsfreiheit und geistige Selbstbestimmung	33
23	(15) Medien, Öffentlichkeit und Wahrheit	35
24	(16) Arbeit, Wirtschaft und Eigentum – Dienst an Volk und Erde	37
25	(17) Währungssouveränität und stabile Geldordnung	39
26	(18) Landwirtschaft und Ernährungssouveränität	42
27	(19) Umwelt, Energie und Schutz des natürlichen Lebensraums	44
28	(20) Innere Sicherheit und äußere Wehrhaftigkeit	46
29	(21) Staatliche Ordnung – Verantwortung statt Parteienherrschaft	48
30	(22) Großraum, Heimat und Selbstbestimmung – Deutschlands geopolitische	
31	Sendung	51
32	(23) Zum Schluss: Neue Ordnung oder Untergang	53

1. Einleitung & Leitsätze

Deutschland steht an einer Weggabelung. Die politischen Lager haben sich erschöpft, die Begriffe sind verbraucht, die Antworten bleiben aus. Während das Establishment zwischen Bürokratismus und Beliebigkeit schwankt, verzettelt sich ein Teil der Opposition in taktischem Kleinmut oder ideologischer Sturheit. Doch unsere Zeit verlangt nach etwas anderem: nach Orientierung, nach Entschlossenheit – nach einem neuen geistigen Aufbruch.

Dieses Grundsatzprogramm der HEIMAT ist kein technokratischer Maßnahmenkatalog, keine Wahlkampfbroschüre und kein Parteimanifest im herkömmlichen Sinn. Es will mehr sein: ein Leitbild.

Unsere Aufgabe ist es, dem deutschen Volk eine Zukunft zu sichern. Nicht als Verwaltungsmasse, sondern als geschichtlich gewachsene, kulturell geformte und seelisch verbundene Gemeinschaft. Wir schreiben dieses Programm in einer Zeit, in der viele Institutionen verfallen, Worte ihre Bedeutung verlieren und das Menschliche zunehmend unter Druck gerät – durch ideologische Umerziehung, technokratische Gleichmacherei und wirtschaftliche Entwurzelung.

Deshalb setzen wir neu an. Wir wollen nicht in den Mustern des 20. Jahrhunderts verharren, aber auch nicht in die Oberflächlichkeit der Gegenwart entgleiten. Dieses Programm ist Einladung und Verpflichtung zugleich: Einladung zum Mitdenken – und Verpflichtung zum Dienst an Volk, Freiheit und Heimat.

Die folgenden Kapitel zeigen vor allem, **wofür** wir stehen: für eine Ordnung, die aus dem Eigenen erwächst. Für eine Gesellschaft, in der Technik dient, das Geistige herrscht und das Volk lebt.

Leitsätze (Kurzprogramm)

- 1. Leitbild und Wegweisung:** Dieses Programm ist keine Aneinanderreihung leerer Versprechen. Es ist unser gemeinsamer Wegweiser: weg von Umerziehung und Beliebigkeit – hin zu Verlässlichkeit, Sicherheit und Heimat. Wir bauen eine Ordnung aus eigener Kraft, in der Technik den Menschen dient und unser Volk frei atmet und lebt.
- 2. Das Volk als Subjekt der Geschichte:** Wir bekennen uns zum deutschen Volk als gewachsener ethnokultureller Gemeinschaft. Wir erwarten, dass jede Politik diesem Volk dient, nicht gegen es regiert. Unsere Heimat und Identität sind einzigartig und unersetzlich – sie zu bewahren ist die Grundlage für jede echte Erneuerung.
- 3. Jedes Volk hat das Recht, es selbst zu bleiben:** Deutsch ist, wer unserem Volk entstammt und Sprache, Erziehung und Kultur weiterträgt. Der Staat hat dem Volk zu dienen. Unser humanistischer Nationalismus schützt die Würde jedes Volksangehörigen vor Entwurzelung und Überfremdung.
- 4. Heimat und Raum, Geborgenheit und Freiheit:** Heimat ist kein Museum, sie ist Zukunft. Wir bestimmen selbst, was unsere Kinder lernen, welche Kultur unsere Medien prägt und wie unsere Städte aussehen. Häuser mit Seele, Brauchtum mit Herz und lebendige Traditionen sollen unser Land prägen – statt globalem Einerlei und Betonwüsten.
- 5. Positive Familienpolitik und Remigration:** Deutschland muss wieder deutsch geprägt sein. Illegale und integrationsunwillige Migranten haben hier keinen Platz – ihre Rückkehr ist notwendig. Zugleich setzen wir auf eine Familienpolitik, die deutsche Familien stärkt, Kinder willkommen heißt und neues Leben fördert.
- 6. Jugend, Zukunft und nationale Erneuerung:** Unsere Jugend braucht Wurzeln – und Flügel. Heimat, Handwerk und Kultur stiften Identität und geben ihr Verantwortung. Digitalisierung und Künstliche Intelligenz dürfen den Menschen nicht beherrschen: Darum wollen wir ein Grundrecht auf ein analoges Leben. Jede digitale Fähigkeit braucht ein Gegengewicht aus echter Erfahrung – damit unsere Jugend Lebenskraft, Eigenständigkeit und Zukunft behält.
- 7. Zukunft hat Leben: Familie, Kinder, Volksgemeinschaft:** Familie ist mehr als ein Modell – sie ist die natürliche Grundlage jeder Nation. Vater, Mutter und

101 Kinder sichern unsere Zukunft und unsere Identität. Deshalb schützen wir
102 Familien, fördern Kinderreichtum und stärken das Zusammenleben der
103 Generationen. Unsere Jugend braucht Halt, nicht Ideologie: Kinder brauchen
104 Schutz und Klarheit – nicht Gender-Experimente. Bildung soll Talente fördern
105 und höchste Qualität für alle garantieren.

106

107 **8. Bildung und Kultur statt Indoktrination:** Bildung soll Kinder stark machen
108 – im Kopf und im Charakter. Darum setzen wir auf Wissen, Disziplin und
109 Persönlichkeitsbildung: Deutsch, Geschichte, Naturwissenschaften,
110 Philosophie, Musik, Handwerk und Logik sind die tragenden Säulen. Kultur ist
111 unsere gemeinsame Sprache. Sie bewahrt, was uns ausmacht: unsere Feste,
112 unsere Musik, unsere Literatur, unser Brauchtum. Wir stehen zum
113 ostdeutschen Erbe und halten die Erinnerung an die deutschen Ostgebiete
114 lebendig – aus Respekt vor unserer Geschichte.

115

116 **9. Solidarität für Deutsche – Für eine neue soziale Ordnung:** Gemeinschaft
117 gibt Halt und Würde. Darum setzen wir auf das Natürliche: Familie,
118 Nachbarschaft, Vereine und Genossenschaften. Unser soziales Leben soll von
119 Nähe, Verantwortung und Ehrenamt getragen sein – nicht von Anonymität
120 oder Bürokratie. Unser nationaldemokratisches Solidarprinzip beruht auf
121 ehrlicher Hilfsbereitschaft statt staatlicher Bevormundung. Wo Menschen
122 füreinander da sind, entstehen Freiheit und Stärke.

123

124 **10. Altern in Würde als Ausdruck der Volksgemeinschaft:** Jeder Mensch soll
125 im Alter in Würde leben können. Das gelingt nur, wenn Familien, Eigentum
126 und Verantwortung wieder im Mittelpunkt stehen. Einwanderung hilft nicht,
127 den Generationenvertrag zu sichern, sondern verschärft die Krise. Wir
128 hingegen werden die familiäre Vorsorge stärken – durch Steuerentlastung,
129 Förderung des Wohneigentums und Mehrgenerationenmodelle. Neben der
130 staatlichen Alterssicherung braucht es gemeinwohlorientierte Eigenvorsorge,
131 wirtschaftliche Bildung sowie die schrittweise Aufhebung von Sonderregeln
132 für Politiker und Beamte, damit unsere Bürger wieder verlässlich für ihre
133 Zukunft vorsorgen können.

134 **11. Kein Sozialamt für die ganze Welt – Schutz der Solidargemeinschaft vor**
135 **Asylmissbrauch:** Wir wollen einen Staat, der sich zuerst um das eigene Volk
136 kümmert. Wer arbeiten kann, soll arbeiten – wer in Not ist, soll Hilfe
137 bekommen. Unsere Hilfe soll denen zugutekommen, die Teil unseres Volkes
138 sind – nicht jedem, der ungebeten unser Land betritt. Wir fordern: Schutz nur
139 für wirklich Verfolgte – und zwar in ihrem eigenen Kulturkreis. Das

140 einklagbare Asylrecht gehört abgeschafft. Unser Land ist kein
141 Einwanderungsland für Armutsmigranten, sondern Heimat für unser Volk.

142 **12.Biopolitik und Gesundheit - Verteidigung des natürlichen Lebens:**

143 Gesundheit ist die Grundlage unseres Lebens. Über unseren Körper, unsere
144 Fortpflanzung und unsere Entscheidungen darf kein Staat und keine
145 Organisation verfügen – die Unversehrtheit des Menschen ist unantastbar. Wir
146 wollen echte Gesundheit: Vorsorge statt Profitgier, ein Gesundheitswesen
147 ohne Ausverkauf, klare Grenzen für Gentechnik und technische Experimente
148 am Menschen. Die Würde des Menschen ist nicht digitalisierbar.
149

150 **13.Freiheit für das Volk:** Freiheit heißt, selbstbestimmt leben, Verantwortung
151 tragen und sich nicht verbiegen lassen. Wahre Freiheit gibt uns die Kraft, Nein
152 zu sagen – zur Lüge, zur Umerziehung, zur Tyrannei der Meinungsmacher.
153 Politik muss Räume schaffen, in denen Menschen in Wirtschaft, Kultur und
154 Leben selbst entscheiden können. Wo ein Volk seine Geschichte trägt, wächst
155 Freiheit zur Erfüllung seiner Zukunft.
156

157 **14.Meinungsfreiheit und geistige Selbstbestimmung:** Ohne Meinungsfreiheit
158 gibt es keine echte Demokratie. Darum muss sie uneingeschränkt gelten –
159 ohne Zensur, ohne Löschung, ohne Sprachverbote. Wahrheit entsteht, wenn
160 Ideen frei aufeinandertreffen. Wer Sprache und Denken einschränkt, nimmt
161 einem Volk seine Freiheit. Mit dem freien Wort steht und fällt unsere geistige
162 Souveränität.
163

164 **15.Medien und Öffentlichkeit - Abschaffung der Rundfunkbeiträge:**
165 Zwangsgebühren gehören abgeschafft – Medien müssen frei sein, nicht vom
166 Staat bezahlt. Wir wollen Vielfalt statt Monopole: Kartellrecht auch für Medien,
167 klare Offenlegung der Eigentümer. Netzneutralität sichern,
168 Massenüberwachung stoppen – für echte Informationsfreiheit.
169

170 **16.Arbeit, Wirtschaft und Eigentum - Dienst an Volk und Erde:** Arbeit soll
171 würdig sein, Eigentum sicher und unsere Ressourcen geschützt. Darum wollen
172 wir eine Wirtschaft, die sich an unserer Heimat orientiert: regional statt global,
173 stark im Mittelstand und in bäuerlichen Betrieben. Land, Boden, Wasser und
174 Energie dürfen kein Spielball internationaler Fonds sein – sie gehören in
175 heimische Hände, verbunden mit klarer Verantwortung.
176

177 **17.Nationale Währungspolitik – Raus aus dem Euro:** Der Euro zerstört
178 Stabilität und macht Deutschland zum Zahlmeister Europas. Wir wollen raus
179 aus dem Euro und zurück zu einer eigenen starken Währung, die unsere

Leistungskraft widerspiegelt. Bargeld muss bleiben – garantiert und unangetastet. Digitale Staatswährungen mit Negativzinsen oder Verhaltenskontrolle lehnen wir ab. Nur eine souveräne Geldordnung schützt unseren Wohlstand, unser Eigentum und unsere Freiheit.

18.Landwirtschaft und Ernährungssouveränität: Gesunde Landwirtschaft sichert unser tägliches Brot, unsere Kultur und das Leben auf dem Land. Deshalb: keine Billigimporte gegen unsere Bauern, sondern Schutz durch klare Regeln und faire Preise. Regionale Verarbeitung und Direktvermarktung müssen gestärkt, Bauern von Bürokratie befreit werden. Land, Boden und Höfe gehören nicht in die Hände von Spekulanten – sie gehören unseren Bauern. Unsere Ernährung soll aus eigener Erde kommen – für unser Volk, das von ihr lebt.

19.Umwelt, Energie und Schutz des natürlichen Lebensraums: Natur ist unsere Heimat – wer sie zerstört, zerstört unser Leben. Statt ideologischen Klimazwangs setzen wir auf echte Verantwortung: ehrlich in der Wissenschaft, offen für Technik, stark in der Vorsorge. Versorgungssicherheit kommt vor Symbolpolitik. Wir bekennen uns zu Naturschutz, Ressourcenschonung und einem vernünftigen Energiemix – von Wasserkraft bis Kernkraft, von Bioenergie bis Geothermie. Energiepolitik muss Freiheit sichern, Eigentum schützen und unsere Versorgung garantieren.

20.Innere Sicherheit und äußere Wehrhaftigkeit: Öffentliche Sicherheit soll Schutz und Vertrauen geben – sie ist Dienst am Bürger. Darum: Grenzen sichern, kriminelle Parallelgesellschaften auflösen, Polizei von Bürokratie befreien. Souveränität heißt, politisch, wirtschaftlich, militärisch und geistig unabhängig zu handeln. Deutsches Blut darf nicht für fremde Interessen geopfert werden: raus aus der NATO, keine Auslandseinsätze, Streitkräfte nur für den Schutz unseres Volkes. Ist das gesichert, soll die Wehrpflicht als Gemeinschaftsdienst zurückkehren.

21.Staatliche Ordnung – Verantwortung statt Parteienherrschaft: Der Staat ist für das Volk da – nicht für die Parteien. Entscheidungen sollen wieder vor Ort fallen, mit weniger Bürokratie und mehr Freiheit für die Gemeinden. Die Europäische Union hat sich als unreformierbar erwiesen; wir fordern daher den geordneten Austritt Deutschlands aus der EU und das Ende der supranationalen Bevormundung. Wir wollen eine echte Gewaltenteilung: unabhängige Richter, bis hin zum Bundesverfassungsgericht, Volksentscheide, politische Mündigkeit. Parteibuch darf nie wichtiger sein als Sachverstand. Politiker sollen haften, auch mit ihrem Vermögen, wenn sie dem Volk schaden.

221 An der Spitze steht ein Staatsoberhaupt, das dem Wohl des Ganzen verpflichtet
222 ist – über den Parteien.
223

224 **22. Großraum, Heimat und Selbstbestimmung – Deutschlands geopolitische**
225 **Sendung:** Deutschland muss eigenständig handeln – frei von
226 Fremdbestimmung. Unser Platz ist in Europa, nicht als Spielball anderer
227 Mächte, sondern als Brückenbauer und Vermittler. Frieden, Souveränität und
228 Respekt vor der Selbstbestimmung anderer Völker sind unsere Leitlinien. Wir
229 stehen für eine multipolare Weltordnung, ohne US-amerikanische oder
230 chinesische Vormacht. Anstelle des diktatorischen EU-Zentralismus setzen
231 wir durch den **Austritt aus der Europäischen Union** auf ein Europa der
232 Vaterländer – geprägt von Identität, Kultur und der vollen Souveränität der
233 europäischen Völker, in dem Deutschland bereitsteht, die ihm zukommende
234 Aufgabe als Ordnungsfaktor zu ~~leisten~~ erfüllen.
235

236 **23. Zum Schluss - Neue Ordnung oder Untergang:** Wir stehen an einem
237 Wendepunkt unserer Geschichte: Unsere geistigen Grundlagen, unsere
238 ethnokulturelle Identität und unsere nationale Souveränität stehen unter
239 Druck. Dieses Programm will nicht nur reparieren, sondern einen Neubeginn
240 gestalten – für unser deutsches Volk, nicht gegen andere. Im Mittelpunkt steht
241 der ganze Mensch: Würde, Verantwortung und Heimat. Die Entscheidung ist
242 grundlegend: Bewahren wir Identität und Ordnung – oder geben wir sie auf?
243 Jetzt ist die Zeit für Mut, Entschlusskraft und gemeinsames Handeln.
244 **Entscheide dich für unsere Zukunft!**
245

2. Wer wir sind – Das Volk als Subjekt der Geschichte

Die politische Frage des 21. Jahrhunderts ist die Frage nach dem Fortbestand der Völker. In einer Zeit, in der Globalismus, Migration und Entgrenzung ganze Gesellschaften auflösen, stellen wir das Fundamentale wieder ins Zentrum: das Volk als Subjekt der Geschichte.

Wir wissen: Es gibt ein deutsches Volk. Nicht als Ideologie, sondern als gewachsene Wirklichkeit – als ethnokulturelle Gemeinschaft mit gemeinsamer Sprache, Herkunft, Erinnerung, Prägung und Zukunft.

Wer Politik gegen das Volk macht, hat das Mandat verwirkt.

Dieses Volk hat eine Geschichte – und ein Recht auf Zukunft. Doch es wurde zum Objekt gemacht: zum Zahlmeister, zum Schuldträger, zum „Bevölkerungskollektiv“ unter Verwaltung. Die offizielle Politik behandelt das Volk nicht als Ausgangspunkt des Gemeinwesens, sondern als zu erziehende, zu ersetzende, zu nivellierende Masse.

Das Volk ist nicht verhandelbar. Wer Politik gegen das Volk macht, hat das Mandat verwirkt.

Ethnokulturelle Identität ist Wirklichkeit

Die Zugehörigkeit zu einem Volk ist keine Frage von Pass, Vertrag oder Gesinnung – sondern von gewachsener Herkunft, Prägung, Verwurzelung. Ein Volk ist nicht nur biologisch, nicht nur kulturell – es ist beides. Es ist nicht starr, aber auch nicht beliebig.

Natürlich kennen wir auch das Staatsvolk im juristischen Sinne. Aber wir sagen: **Ein Staat ist nur dann stabil, wenn das Staatsvolk und das Volk im natürlichen Sinne weitgehend übereinstimmen.**

Wo dies nicht mehr der Fall ist, drohen Spaltung, Misstrauen und Gewalt.

276 **Der Begriff „Heimat“ ist mehr als Gefühl**

277 Heimat ist nicht nur ein Ort – sie ist ein seelischer Raum, ein historischer
278 Zusammenhang, ein kultureller Horizont. Heimat stiftet Sinn. Ohne Heimat keine
279 Verwurzelung. Ohne Verwurzelung keine Identität.

280 Wir verstehen Heimat als **lebendige Beziehung zwischen Volk, Raum, Geschichte**
281 **und Kultur**. Wer das leugnet, macht Politik gegen das Menschliche.

282 **Einwanderung ersetzt kein Volk**

283 Wir lehnen die Erzählung ab, dass Zuwanderung das demographische Problem löst.
284 Zuwanderung oder Einwanderung in großer Zahl ist keine Bereicherung, sondern **ein**
285 **Prozess der Auflösung** – besonders dann, wenn sie nicht vom aufnehmenden Volk
286 gesteuert, sondern durch globale Interessen organisiert wird.

287 **Deshalb sagen wir: Integration hat Grenzen und Einbürgerung ersetzt nicht die**
288 **gewachsene Identität.**

289 Die Rückgewinnung unserer ethnokulturellen Selbstverständlichkeit ist
290 Voraussetzung für jedes politische Erwachen.

291

3. Das Volk – Ursprung und Auftrag

Am Anfang steht das Volk. Nicht als juristische Kategorie, nicht als abstrakter Souverän – sondern als gewachsene Wirklichkeit. Ein Volk ist mehr als eine zufällige Versammlung von Staatsbürgern. Es ist Gemeinschaft durch Herkunft, Sprache, Erziehung, Kultur, gemeinsame Erinnerung – und gemeinsame Verantwortung.

Diese Auffassung wurzelt tief in der deutschen Geistesgeschichte. Schon **Johann Gottfried Herder** erkannte im Volk nicht nur einen historischen Akteur, sondern eine lebendige Kulturgestalt – mit eigener Sprache, Dichtung, Musik, Lebensweise. Für Herder war jedes Volk Träger einer einzigartigen „Volksseele“, die sich über Generationen hinweg in einer spezifischen Lebensform ausdrückt.

Der in nationaldemokratischer Tradition stehende Denker **Henning Eichberg** sprach eine zentrale Wahrheit aus mit dem Satz: „Wer von den Völkern nicht reden will, soll von den Menschen schweigen.“

Ein Volk hat das Recht, es selbst zu bleiben.

Wir bekennen uns zur ethnokulturellen Wirklichkeit des deutschen Volkes. Wer deutsch ist, ist es nicht allein durch Willensbekundung oder Verwaltungsakt. Deutsch ist, wer aus dem deutschen Volk hervorgegangen ist – und wer sich in Sprache, Erziehung und Mentalität in dessen lebendiger Überlieferung bewegt. Dieses Bekenntnis gründet in einem einfachen, aber mächtigen Gedanken: Ein Volk hat das Recht, es selbst zu bleiben.

In einer Zeit, in der Migration zur Norm erklärt wird, Integration zur Illusion verkommt und ethnische Selbstvergewisserung als gefährlich gilt, sagen wir klar: Die Erhaltung des deutschen Volkes in seiner kulturellen Eigenart und sozialen Lebendigkeit ist unser politischer Auftrag. Nicht aus Überheblichkeit, sondern aus Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen.

Der Staat – und jede echte Ordnung – hat diesem Volk zu dienen, nicht es zu überformen. Politische Herrschaft, wirtschaftliches Handeln, kulturelle Gestaltung: all das muss dem Wohle des Volkes verpflichtet sein. Nicht dem abstrakten „Menschen“, nicht der globalen Verwertungslogik, nicht der Ideologie des entgrenzten Individualismus – sondern dem konkreten Volk, das uns hervorgebracht hat und dem wir alles verdanken.

Menschenwürde: Für einen humanistischen Nationalismus

325 Wir sind überzeugt: Jede politische Generation hat die Pflicht, mit ihrem Denken,
326 Handeln und Wollen das Beste und Äußerste dafür zu tun, dass das eigene Volk als
327 geschichtlich gewordene Lebensform erhalten bleibt – und sich weiterentwickeln
328 kann.

329 Es gilt, den Menschenwürde-Begriff zu erweitern. Es ist unmenschlich, ein Volk in
330 seinem eigenen Land durch Massenzuwanderung in eine Minderheitenposition zu
331 bringen. Dieser Grundsatz gehört zu den Leitsätzen eines **humanistischen**
332 **Nationalismus**.

333

334

335

4. Heimat und Raum, Geborgenheit und Freiheit

Heimat ist gelebter Raum – konkret, regional geprägt und geistig verankert. Sie ist nicht nostalgische Rückschau, sondern lebensnahe Ordnung. Landschaft, Dialekt, Brauchtum und Geschichte bilden ein Netzwerk der Zugehörigkeit.

Wir verteidigen Heimat gegen standardisierte Globalisierung und multikulturelle Verflachung. Heimat bedeutet nicht Abschottung, sondern geordnete Koexistenz – unter Wahrung der kulturellen Dominanz unseres Volkes.

Heimat ist keine museale Erinnerung, sondern lebendige Gestaltungsaufgabe!

Heimat ist nicht rückwärtsgewandt – sie ist zukunftsfähig, wenn man sie lebt. Nicht als museale Erinnerung, sondern als lebendige Gestaltungsaufgabe. Die Heimat darf kein Ort der Angst sein, sondern muss Sicherheit und Geborgenheit bieten.

Deshalb fordern wir:

- Rückgewinnung der kulturellen Hoheit des deutschen Volkes in Bildung, Verwaltung, Medien und öffentlichem Raum.
- Keine ideologiegetriebene Gleichmacherei, sondern Raum für Eigenart.
- Kein standardisierter Städtebau, sondern Architektur im Dienst der Seele.
- Keine Einwanderung gegen den Willen des Volkes aus fremden Kulturkreisen, stattdessen Stärkung und Förderung der Kräfte des eigenen Volkes, Zuwanderung nur, solange und insoweit sie dem Volkswohl dienlich ist.

Unsere Politik ist heimatbewusst, weil sie lebensnah ist – und weil sie weiß, dass ohne Heimat keine Freiheit besteht.

5. Demographie und Remigration – Zukunft braucht Herkunft

Ein Volk, das sich nicht mehr erneuert, stirbt. Die demographische Krise ist keine technische Herausforderung, sondern eine existenzielle Frage. Es geht nicht um Statistik, sondern um Sein oder Nichtsein. Um das Fortbestehen des deutschen Volkes – oder sein allmähliches Aufgehen in einer multikulturellen Bevölkerung.

Jedes Volk hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht zur Selbsterhaltung. Diese beginnt mit der Geburt – und setzt sich fort im kulturellen Zusammenhalt, im Schutz des Eigenen und in einer klaren Politik der Rückgewinnung des Verlorenen.

Die deutsche Gesellschaft ist heute geprägt von einem doppelten Ungleichgewicht: Zum einen schrumpft der Anteil der angestammten deutschen Bevölkerung dramatisch. Zum anderen wachsen Migrantengruppen, die weder kulturell noch mentalitätsmäßig zur Aufnahmegesellschaft passen – und auch keine erkennbaren Anstrengungen unternehmen, sich wirklich einzufügen. Wo aber Herkunft und Zukunft sich nicht mehr berühren, stirbt das Gemeinwesen.

Wir fordern daher: Die kulturelle Dominanz des deutschen Volkes muss geschützt – und wo verloren, wiederhergestellt werden. In allen Regionen. In allen Altersgruppen. In allen gesellschaftlichen Bereichen. Deutschland ist kein abstrakter Raum, sondern ein gewachsenes Heimatland – und darf nicht zur bloßen „Nutzfläche“ für globalistische Sozialexperimente werden.

Die kulturelle Dominanz der Deutschen im eigenen Land muss geschützt oder wiederhergestellt werden!

Remigration ist in diesem Zusammenhang kein Slogan, sondern politische Notwendigkeit. Wir fordern die Rückführung all jener, die illegal ins Land gelangt sind oder sich feindselig gegenüber unserer Rechts- und Werteordnung verhalten.

Die massenhafte Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft in den letzten Jahrzehnten hat vielfach gegen das verfassungsrechtlich fundierte Selbstverständnis des deutschen Staatsvolkes verstoßen – denn sie ignoriert den ethnokulturellen

390 Ursprung, auf dem das Grundgesetz ursprünglich aufbaute. Eine **Rückkehr zu einem**
391 **abstammungs- und volkstumsbezogenen Staatsangehörigkeitsrecht** ist daher
392 geboten. Wo sich Einbürgerungen als unvereinbar mit dem Gemeinwohl, der
393 Loyalitätspflicht oder der inneren Sicherheit erweisen, müssen Möglichkeiten der
394 Aberkennung im verfassungsrechtlich zulässigen Rahmen geschaffen oder erweitert
395 werden.

396 Gleichzeitig setzen wir auf eine massive Stärkung der deutschen Geburtenrate:
397 durch eine familienfreundliche Wirtschafts-, Bildungs- und Wohnraumpolitik, durch
398 ein Klima der Anerkennung für Elternschaft und durch gezielte Entlastung junger
399 Familien.

400 Ein Volk ohne Nachwuchs, ohne Rückgrat und ohne Rückbindung wird nicht
401 überleben. Deshalb steht die demographische Wende für uns nicht am Rand,
402 sondern im Zentrum verantwortungsvoller Politik. Die Zukunft beginnt mit Herkunft –
403 und mit dem Mut, sie zu verteidigen.

404

405

406

407

408

409

410

411

412

413

414

415

416

6. Jugend, Zukunft und nationale Erneuerung

Unsere Jugend ist Quelle der Vitalität unseres Volkes und Garant der Zukunft. Sie steht an der Schwelle zwischen Bewahrung des Erbes und Erfindung einer neuen Aufbruchsgeneration. Ein Staat und eine Gesellschaft, die ihre Jugend vernachlässigen, verlieren langfristig ihre Lebensfähigkeit.

A. Heimatbildung und Identitätsstärkung

- **Regionale und nationale Wurzeln:** Projekte und Bildungsmaßnahmen an Schulen und in Jugendorganisationen sollen Wissen über Land, Geschichte, Sprache und Kultur vermitteln – damit junge Menschen nicht als orientierungslose Konsumenten, sondern als stolze und selbstbestimmte Bürger heranwachsen.
- **Mentoren-Programme:** Ältere Generationen sollen Erfahrungen weitergeben, bei der Berufs- und Lebensorientierung helfen und Brücken bauen zwischen Tradition und Moderne.

*Ein Volk, das seine Jugend vernachlässigt,
verliert an Lebenskraft.*

B. Ausbildung für Handwerk und Verantwortung

- **Berufsorientierung an den Bedürfnissen der Heimat:** Landwirtschaft, Handwerk, Mittelstand brauchen qualifizierte Fachkräfte. Schulen und Berufsschulen sollten mit regionalen Betrieben für frühzeitige Praxistage und duale Ausbildung kooperieren.
- **Verantwortungszirkel:** Jugendgruppen sollen konkrete Aufgaben in Gemeinden – Naturschutz, Pflege von Denkmälern, Organisation von Festen - übernehmen. So lernen sie Selbstbestimmung und Gemeinwohlorientierung.

C. Analoge Freiräume als Gegenpol zur Digitalwelt

- Für jede Online-Fertigkeit benötigen wir einen Ausgleich in der Natur und im praktischen Tun. Der Erwerb von Fähigkeiten in der analogen Welt fördert soziale Kompetenz, Kreativität und Belastbarkeit.
- Wir setzen uns ein für ein **Grundrecht auf ein analoges Leben**. Technik und Digitalisierung entlasten uns – aber sie berauben uns auch. Wo Maschinen

449 Entscheidungen übernehmen, wo virtuelle Realitäten Lebenswelt ersetzen,
450 wo Sprachmodelle das Denken simulieren, droht der Mensch zu verlernen,
451 was ihn einst stark machte: praktisches Können, logisches Denken,
452 Urteilkraft, Eigenverantwortung.

453

454 • Deshalb schlagen wir einen bildungspolitischen Ausgleich vor – nach dem
455 Vorbild ökologischer Ersatzpflanzung: **Jede digitale Fertigkeit muss durch**
456 **ein analoges Gegengewicht ergänzt werden.** Wer digital lernt, soll auch mit
457 den Händen schaffen. Wer in virtuellen Räumen unterwegs ist, braucht reale
458 Natur- und Sozialerfahrungen. Wer früh technologische Werkzeuge nutzt,
459 muss ebenso früh an Sprache, Bewegung, Werkstoff, Natur und
460 Verantwortung herangeführt werden.

461

462 • Diese Ersatzpflanzung im **Garten der menschlichen Psyche** ist als
463 Schutzmaßnahme gegen die fortschreitende Selbst-Domestizierung des
464 modernen Menschen zu verstehen. Schon Konrad Lorenz warnte vor der
465 „Verhausschweinung“: dem Verlust artgerechter Umwelt für ein Wesen, das
466 Freiheit, Widerstand, Formung und Sinn braucht, um Mensch zu bleiben.

467 • **Medienkompetenz:** Seminare zu Meinungsmanipulation, algorithmischer
468 Filterung und digitalem Minimalismus stärken die Urteilsfähigkeit und
469 schützen vor Dekadenzerscheinungen und Unmündigkeit durch übermäßige
470 Bildschirmzeit oder unkritischen Medienkonsum.

471

472 **D. Engagement und Zivilcourage**

473 • **Kultur- und Sportförderung:** Jugendlicher Sportsgeist und kulturelle
474 Kreativität sind Ausdruck nationaler Vitalität – Turniere, Theateraufführungen,
475 Musikveranstaltungen mit heimatgeschichtlichen Themen stärken Identität
476 und Persönlichkeit.

477 • **Freiwilligendienste:** Kurz- und Langzeitprogramme für Katastrophenschutz,
478 soziale Dienste oder Denkmalschutz, um Bürgersinn und Eigeninitiative zu
479 fördern.

480 **E. Visionen und Mitgestaltung**

481 • **Zukunftslabore:** Junge Innovatoren arbeiten an Lösungen für Mobilität,
482 Energie, Bildung und Arbeit im ländlichen Raum.

- 483 • **Jugendräte:** Eine Anbindung von Jugendlichen an kommunale Gremien ist
484 anzustreben, um die Perspektive junger Menschen in politische
485 Entscheidungen zu integrieren.

486

487 **Unsere Jugend** braucht Wurzeln ebenso wie Flügel. Indem wir ihr
488 Heimatbewusstsein, praktische Fähigkeiten und digitale Mündigkeit mit auf den Weg
489 geben, sichern wir die nationale Erneuerung – getragen von den nächsten
490 Generationen, die stolz sind auf ihre Herkunft und bereit, die Zukunft unseres Volkes
491 in die eigene Hand zu nehmen.

492

493

7. Zukunft hat Leben – Familie, Kinder, Volksgemeinschaft

Ohne Kinder keine Zukunft. Ohne Familie kein Volk. Ohne Volk kein Staat. **Wir bekennen uns zur Familie als Keimzelle der Volksgemeinschaft** – nicht als Lebensstiloption, sondern als natürliche, soziale und kulturelle Lebensform. Vater, Mutter, Kind(er) ist keine Ideologie – sondern die Grundlage jeder lebendigen Nation.

Familie ist keine Lebensstiloption, sondern die natürliche soziale und kulturelle Lebensform.

Wir fordern:

- **eine Kultur der Geburt und Weitergabe**, nicht des Selbstverlusts und der Lebensverweigerung,
- **materielle und gesellschaftliche Aufwertung von Mutterschaft, Elternschaft und Kinderzahl**,
- **Schutz der Familie vor Übergriffigkeit durch Staat, Wirtschaft und Ideologie**,
- **Abschaffung steuerlicher und sozialrechtlicher Benachteiligungen von Familien mit mehreren Kindern**,
- **Förderung von Mehrgenerationenhaushalten und regionaler Verwurzelung**.

Kinder brauchen nicht nur Betreuung, sondern Bindung. Nicht nur Sicherheit, sondern Sinn. Nicht nur Chancen, sondern Wurzeln. Die Antwort auf den demographischen Kollaps kann nicht alleine in mehr Krippenplätzen und schon gar nicht in Migrationsoffensiven liegen – **sondern in der Rückkehr zu einer volksbewussten Familienordnung**.

Junge Menschen brauchen Orientierung – nicht Indoktrination.

Wir bekennen uns zur seelischen Gesundheit unserer Jugend – und fordern:

- **Schutz vor Genderindoktrination, Frühsexualisierung und digitalen Vergiftungstendenzen**,

- 523 • **Aufwertung von körperlicher Betätigung, Naturkontakt und**
524 **generationsübergreifender Gemeinschaft,**
- 525 • **Stärkung der elterlichen Verantwortung gegenüber staatlicher**
526 **Entmündigung:** Bildung ist keine staatliche Einbahnstraße – sondern ein
527 gemeinsamer Auftrag von Familie, Gemeinschaft und Institutionen. Wir
528 fordern daher eine Reform der Schulpflicht hin zu einer echten
529 **Bildungspflicht:** Eltern, die willens und in der Lage sind, ihre Kinder selbst
530 oder in freien Modellen zu unterrichten, sollen dies unter klaren qualitativen
531 Bedingungen tun dürfen – in pädagogischer Freiheit, aber nicht in
532 Beliebigkeit.

533 **Sicherung vergleichbarer Bildungsqualität im ganzen Land**

- 534 • Zugleich setzen wir uns für **Vielfalt der Schulformen** ein: Ob klassische
535 Schule, handwerklich-praktische Modelle, freie Trägerschaft oder ländlich-
536 traditionelle Einrichtungen – die Schule muss so vielfältig sein wie das
537 Leben, auf das sie vorbereiten soll. Was zählt, ist nicht die Uniformität der
538 Methode, sondern die Tiefe der Wirkung.
- 539 • Insbesondere in Zeiten, in denen **Fachkräfteangebot und internationale**
540 **Wettbewerbsfähigkeit** erhöhte Bedeutung gewinnen, muss sichergestellt
541 werden, dass Bildungsabschlüsse und Berufsqualifikationen
542 deutschlandweit nicht nur die hierfür nötige Qualität garantieren, sondern
543 aufgrund eines vergleichbaren Niveaus auch in allen Bundesländern in den
544 jeweiligen Bereichen der Weiterbildung und der Berufsausübung anerkannt
545 werden. Auch mit Blick auf das Staatsziel flächendeckend gleichwertiger
546 Lebensverhältnisse darf es kein regionales Kompetenzgefälle geben.
- 547 • Zur Verwirklichung dieser **nationalen Bildungsgerechtigkeit** bedarf es einer
548 Rahmengesetzgebung, die, ohne den Wettbewerb um die besten
549 Zielerreichungsmethoden einzuschränken, deutschlandweit gleichwertige
550 Bildungsabschlüsse garantiert, welche sowohl den wirtschaftlichen als auch
551 den kulturellen und sozialen Anforderungen gerecht werden, um
552 Wettbewerbsfähigkeit, kulturelle Kohärenz und Sozialkompetenz zum
553 Markenzeichen der deutschen Wissens- und Leistungsgemeinschaft werden
554 zu lassen.
- 555 • Dort, wo der deutsche Bildungsföderalismus zu herausragenden Resultaten
556 geführt hat, sollten die Methoden oder Modelle, die zu diesen Resultaten
557 geführt haben, im Rest des Landes übernommen werden. So entsteht ein

558 **meritokratisch geprägtes Bildungssystem**, das gleichzeitig allen
559 deutschen Schülern und Studenten den denkbar besten Bildungsstand
560 zukommen lässt.

561 Zukunft entsteht nicht durch Technik, nicht durch Algorithmen, nicht durch
562 Zuwanderung. Sie entsteht aus Fleisch und Blut, aus Vertrauen, aus Familie.
563 **Zukunft hat Herz. Zukunft hat Gesicht. Zukunft hat Leben.**

564

565

566

567

568

569

570

571

572

573

574

575

576

577

578

579

580

581

582

8. Bildung und Kultur – Erneuerung von Geist und Charakter

Bildung ist mehr als Schulstoff. Sie ist Erweckung des Geistes, Formung des Charakters, Einübung von Urteilskraft. Wer Bildung nur als Training für den Arbeitsmarkt begreift, zerstört, was eine Nation im Innersten zusammenhält: das geistige Band zwischen den Generationen.

Wir erleben heute eine bildungspolitische Aushöhlung auf allen Ebenen. Lehrpläne folgen Ideologien statt Wahrheitssuche. Sprache wird normiert, Geschichte dekonstruiert, Leistung relativiert. Die Schule verkommt zum Ort politischer Umerziehung und psychischer Überforderung. Kindheit wird entgrenzt, Lehrer werden zu Funktionären, Eltern entrechtet.

Dem setzen wir ein anderes Bildungsideal entgegen: Bildung muss stärken – nicht schwächen. Deshalb fordern wir: Rückkehr zur Wissensvermittlung, zur Disziplin, zur Persönlichkeitsbildung. Deutsch, Geschichte und Philosophie, Naturwissenschaften, Musik, Handwerk, Mathematik und Logik sind keine Nebensachen, sondern tragende Säulen jeder Volksbildung.

Ein gebildetes Volk ist widerstandsfähig – gegen Propaganda, gegen Indoktrination, gegen kulturelle Auflösung. Eine entideologisierte Bildung ist dennoch politisch, indem sie Bewusstsein schafft, Urteilskraft und Identifikation stärkt. Ohne ein klares Bild von sich selbst kann kein Volk bestehen. Wer nicht weiß, wer er ist, der gestaltet nicht – der wird gesteuert.

Kultur ist die Sprache, in der ein Volk zu sich selbst spricht.

Kultur wiederum ist der Ausdruck dieses Bildungsprozesses. Sie ist nicht Ware, nicht „Event“, nicht Dekoration. Sie ist die Sprache, in der ein Volk zu sich selbst spricht – in Liedern, Bauwerken, Ritualen, Geschichten. Eine Kultur, die sich selbst leugnet, wird durch Ersatzkulturen überformt – durch Konsum, durch Import, durch Simulation.

Wir bekennen uns zu einer aktiven, heimatverbundenen Kulturpolitik. Sie fördert das Eigene – aus Selbstachtung. Sie bewahrt Sprache, Musik, Brauchtum, Feste, Literatur, Denkmalpflege – nicht als Museumsstücke, sondern als Lebensformen.

615 **Das ostdeutsche Erbe bewahren**

616 Ein Volk, das sich geistig nicht mehr selbst behauptet, verliert früher oder später auch
617 seine politische Souveränität. Wer frei sein will, muss zuerst geistig souverän sein.
618 Bildung und Kultur sind kein Luxus – sie sind der geistige Wehrdienst der Nation.

619 Deutschland ist als Wissenschafts- und Kulturnation nicht ohne Nikolaus
620 Kopernikus, Arthur Schopenhauer, Gregor Mendel, Immanuel Kant und Andreas
621 Gryphius denkbar. Es ist eine bleibende Verpflichtung des Bildungssystems, dieses
622 **ostdeutsche Erbe** zu bewahren und die Erinnerung an die deutschen Ostgebiete
623 lebendig zu halten.

624

625

626

627

628

629

630

631

632

633

634

635

636

637

638

639

640

641

9. Solidarität für Deutsche – für eine neue soziale Ordnung

Zwischen der Vereinzelung des Individuums und der Anonymität staatlicher Steuerung liegt das wahre Leben: die Gemeinschaft. Sie ist kein theoretisches Konstrukt, sondern gelebte Nähe – in der Familie, im Dorf, im Beruf, im Brauchtum, in der Nachbarschaft. Hier entsteht Vertrauen. Hier wird Pflicht nicht zur Last, sondern zur Ehre.

Eine gesunde Gesellschaft braucht starke Gemeinschaften. Nicht als ideologisches Ziel, sondern als natürliche Folge gelungener Sozialordnung. Gemeinschaft ist dort möglich, wo sich Menschen kennen, wo Worte noch Gewicht haben, wo Herkunft und Aufgabe nicht voneinander getrennt sind. Sie wächst von unten – oder sie wächst gar nicht.

Die Moderne hat das Gemeinschaftsgefühl geschwächt: durch Mobilität, durch Arbeitsverdichtung, durch permanente digitale Ablenkung, durch eine Ideologie des grenzenlosen Selbst. Der Mensch ist dadurch nicht freier geworden – sondern einsamer. Und manipulierbarer.

Wir treten ein für eine Rückbesinnung auf organische Sozialformen: auf Familie, Nachbarschaft, Vereine, Genossenschaften, regionale Zusammenschlüsse. Diese sind nicht Relikte, sondern Zukunftsmodelle. Wo sich Menschen freiwillig binden, entsteht Wärme. Wo sie sich gegenseitig kennen, wächst Verantwortung. Und wo sie einander helfen, entstehen Formen der Fürsorge, die kein Amt je leisten kann.

Den Lebensraum des Volkes als soziale Ordnung gestalten!

Deshalb ist unsere Politik gemeinschaftsorientiert – weder zentralistisch oder kollektivistisch noch marktradikal. Wir wollen den Lebensraum des Volkes nicht als anonyme Struktur verwalten, sondern als soziale Ordnung gestalten. Das beginnt bei der Anerkennung der Familie als Keimzelle aller Gemeinschaft. Es setzt sich fort in der Förderung von Subsidiarität, von Ehrenamt und lokaler Selbstverantwortung.

Gemeinschaft ist nicht das Gegenteil von Freiheit, sondern deren tiefste Voraussetzung. Wer sich getragen weiß, kann Verantwortung übernehmen. Wer dazugehört, kann sich entfalten. Eine Ordnung, die das gemeinschaftliche Miteinander stärkt, ist keine Utopie – sie ist die Rückkehr zur menschlichen Maßstäblichkeit. Zur Verwirklichung einer echten sozialen Ordnung gehört auch das Staatsziel flächendeckend gleichwertiger Lebensverhältnisse, um ein soziales und regionales Gefälle in unserem Land gar nicht erst entstehen zu lassen.

Sozialpolitik ist keine weltumspannende Fürsorgepflicht, sondern Ausdruck nationaler Solidarität. Das Solidarprinzip lebt vom Gefühl gemeinsamer Zugehörigkeit – von Herkunft, Kultur, Sprache und einem gewachsenen Gemeinwesen. Der Sozialstaat wurde nicht geschaffen, um die Welt zu retten, sondern um das eigene Volk in Notlagen abzusichern. Er ist ein Instrument des sozialen Ausgleichs unter Deutschen – nicht der Umverteilung an Fremde. Das verfassungsrelevante Sozialstaatsgebot muss Lebenswirklichkeit unseres Volkes sein.

Die HEIMAT bekennt sich zur sozialen Verantwortung des Staates gegenüber seinem Volk. Der solidarischen Volksgemeinschaft liegt jedoch keine obrigkeitsstaatliche Betreuungsmentalität und keine planwirtschaftliche Umverteilungsgesinnung zugrunde. Das nationaldemokratische Solidarprinzip beruht auf einer dem Zusammengehörigkeitsgefühl und dem Gerechtigkeitsinn entsprechenden Ethik der Hilfsbereitschaft und lehnt den Typus eines bevormundeten Sozialuntertanen ab.

Diese Verantwortung ist untrennbar mit dem Prinzip der Eigenverantwortung verbunden. Sozialpolitik darf keine Dauerversorgung hervorbringen, sondern muss zur Selbstständigkeit befähigen. Die Solidargemeinschaft ist kein kollektiver Selbstbedienungsladen; sie zeichnet sich dadurch aus, dass – getragen von den Ergebnissen des leistungswilligen Bevölkerungsteils – unverschuldet in Bedürftigkeit geratene Volksangehörige die notwendige Unterstützung erhalten. Wer arbeiten kann, soll arbeiten – und wer arbeiten will, muss belohnt werden.

Der Sozialstaat darf den Fleißigen nicht dem Trägen gleichstellen. Wir lehnen ein bedingungsloses Grundeinkommen ebenso ab wie die Entkopplung von Leistung und Anspruch. Aus dem Recht auf Arbeit folgt auch die Pflicht, die eigene Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen. Chancengerechtigkeit einerseits und soziale Sicherheit gegen existenzielle Risiken sowie soziokulturelle Teilhabe andererseits müssen auch im Rahmen des Leistungswettbewerbs garantiert werden.

Im Zentrum unseres nationalen Sozialstaates stehen konkrete Kernaufgaben im Dienst des Volkes:

- **Würdevolle Arbeit:** Arbeit darf keine Ausbeutung sein, sondern muss verlässlichen Schutz vor Armut und Raum für Selbstverwirklichung bieten. Die Integration in den Arbeitsmarkt bleibt stets vorrangiges Ziel.
- **Sozialverträglicher Wohnungsbau:** Ein gerechter Wohnungsmarkt – bei Bedarf wirksam unterstützt durch staatlich organisierten sozialen

711 Wohnungsbau – schützt Familien und Einkommensschwache vor
712 Spekulation.

713 • **Flächendeckende Daseinsvorsorge:** Eine sozialstatusunabhängige,
714 würdige medizinische Versorgung und Pflegelandschaft muss für alle
715 gesundheitlich Hilfsbedürftigen garantiert sein.

716

717

718

719

720

721

722

723

724

725

726

727

728

729

730

731

732

733

734

10. Altern in Würde - Generationenvertrag in Zeiten des Umbruchs

Ein Volk, das seine Alten verachtet, verliert sein Gedächtnis. Ein Volk, das ihre Versorgung auf Zuwanderung und Staatsverschuldung gründet, verliert seine Zukunft. **Das Altern in Würde ist Ausdruck einer gesunden Volksgemeinschaft – und kein Produkt statistischer Rentenformeln.**

Das deutsche Rentensystem steht vor dem Kollaps: Immer weniger Beitragszahler tragen immer mehr Leistungsempfänger. Jahrzehntelang wurde das Umlageverfahren nicht an demographische Realitäten angepasst – sondern mit politischer Rhetorik und Scheinlösungen überdeckt. **Die Einwanderung in das Sozialsystem ersetzt keine Kinder.** Sie löst nicht das Problem, sondern verschärft es.

Wir treten ein für einen neuen Generationenvertrag, der nicht mehr auf Ideologie, sondern auf Bindung, Eigentum und Verantwortung ruht. Wir fordern eine angemessene Alterssicherung, die die Lebensleistung eines langen Arbeitslebens im Ruhestand spürbar honoriert und Altersarmut sowie Prekarisierung konsequent verhindert.

Wir fordern daher:

- **Förderung familiärer Altersvorsorge** durch steuerliche Entlastung, Wohneigentum, Mehrgenerationenmodelle und Pflegeverantwortung im Nahbereich,
- **langfristige Ablösung oder Ergänzung der staatlichen Umlageversicherung** durch kapitalgedeckte, gemeinwohlorientierte Vorsorgemodelle – individuell, genossenschaftlich oder betrieblich organisiert,
- **die perspektivische Aufhebung der Privilegierung von Beamten und Politikern** im Altersvorsorge-System,
- **Absage an jede Ideologie, die Einwanderung zur Rentenrettung verklärt**, statt die eigentlichen Ursachen zu benennen: Geburtenmangel, Systemversagen, Verweigerung der Eigentumsförderung.

Die familiäre Altersvorsorge muss schrittweise wieder an die Stelle der staatlichen treten.

767 Altersvorsorge beginnt nicht mit dem Rentenbescheid – sondern mit dem ersten
768 Kind, dem ersten gesparten Euro, dem ersten Gedanken an Verantwortung. Deshalb
769 fordern wir auch: **mehr wirtschaftliche Bildung, mehr Aufklärung über**
770 **Geldsysteme und Prinzipien der Vermögensbildung, mehr Förderung von**
771 **Wohneigentum.** Die Deutschen müssen wieder lernen, für sich selbst zu sorgen –
772 nicht blind auf Institutionen zu vertrauen, die ihnen zunehmend fremd
773 gegenüberstehen.

774 Alte Menschen sind kein Kostenfaktor, sondern kultureller Schatz. Ihre Erfahrungen
775 und ihre Weisheit sind Teil des Gemeinwesens – **nicht Entsorgungsmasse eines auf**
776 **Effizienz getrimmten Sozialsystems.** Pflege darf nicht durchorganisiert, sondern
777 muss menschlich verankert bleiben. Angehörige müssen entlastet, aber nicht
778 verdrängt werden.

779 Deshalb sagen wir: **Wer die Alten schützt, schützt die Zukunft. Und wer für das**
780 **Alter vorsorgt, festigt die Nation.**

781

11. Kein Sozialamt für die ganze Welt – Schutz der Solidargemeinschaft vor Asylmissbrauch

Unsere sozialen Prinzipien geraten unter Druck, wenn staatliche Leistungen zum Magneten für massenhafte Einwanderung werden. Der BRD-Sozialstaat setzt mit seinem Transfer- und Versorgungssystem klare Anreize zur Migration – nicht aufgrund echter Verfolgung, sondern aus ökonomischem Kalkül. Die Kombination aus großzügigen Leistungen, mangelnder Kontrolle und fehlendem politischen Willen zur Rückführung untergräbt die Legitimität jeder nationalen Solidargemeinschaft.

Das heutige Asylrecht – vor allem Art. 16a GG – hat sich zu einem juristischen Hebel des Bevölkerungsaustauschs entwickelt. Dublin-Regelungen werden nicht vollzogen, Folgeanträge führen zu „Duldungsschleifen“, und hochbelastete Behörden scheitern regelmäßig an formalisierten Verfahren. Die Solidargemeinschaft droht daran zu zerbrechen – und die innere Sicherheit bleibt auf der Strecke.

Wir fordern die Rückführung des Asylrechts auf seine ursprüngliche Schutzfunktion. Wer politisch verfolgt ist, soll **temporären Schutz** erhalten – im **eigenen Kulturkreis**, nicht dauerhaft im deutschen Sozialsystem. In kulturell verwandten Staaten ist Schutz humaner, realistischer und integrationsfähiger als in einer fremden Gesellschaft mit völlig anderer Werteordnung.

Die HEIMAT fordert daher:

- **Abschaffung des individuell einklagbaren Grundrechts auf Asyl** und Ersatz durch eine souveräne, einfachgesetzliche Regelung
- **Asylverfahren grundsätzlich in sicheren Drittstaaten oder außerhalb Europas**
- **Ausschluss von Transferleistungen und Bleibeperspektiven während laufender Verfahren**
- **Kürzere Rechtswege, rechtssichere Abschiebehaft, sofortige Vollziehung bei Straftätern und Gefährdern**
- **Priorisierung des Schutzes der eigenen Bevölkerung vor importierter Gewalt**

Nur eine auf Volk, Leistung und Verantwortung gegründete Ordnung sichert Identität, Zukunft und soziale Gerechtigkeit.

12. Biopolitik und Gesundheit – der Körper als letzter Kampfplatz

Der Körper des Menschen ist zur letzten Grenze geworden. In einer Welt, in der alles politisiert wird, bleibt selbst das Natürlichste – Geburt, Krankheit, Gesundheit, Geschlecht, Tod – nicht unberührt. **Biopolitik** heißt: Der Zugriff auf den Menschen beginnt nicht mehr an seiner Meinung, sondern an seinem biologischen Sein. Und genau hier setzen unsere Verteidigungslinien an.

Die Ereignisse der sogenannten „Pandemiepolitik“ haben offenbart, wie sehr sich Staat, Medien, Konzerne und supranationale Organisationen zum Zugriff auf das Leben selbst verabredet haben. Impfwang, Bewegungsverbote, Testregime, digitale Gesundheitsausweise – all dies waren keine temporären Maßnahmen, sondern der Probelauf für ein neues Regime biotechnokratischer Lenkung.

Kein Staat, keine Organisation und keine Ideologie hat das Recht, über den Körper der Menschen zu verfügen. Nicht über ihr Erbgut, nicht über ihre Fortpflanzung, nicht über ihre medizinischen Entscheidungen. Die biologische Unversehrtheit ist unantastbar.

Zugleich erleben wir eine tiefe seelische Krise: Steigende Zahlen psychischer Erkrankungen, soziale Vereinsamung, Sinnverlust, Sucht und Orientierungslosigkeit sind nicht alleine das Ergebnis individueller Schwäche, sondern Ausdruck einer kollektiven Erschöpfung. Der Mensch lebt nicht in einem Vakuum – er braucht Beziehung, Aufgabe, Maßstab und Natur. Wer ihm das nimmt, macht ihn krank.

Wir fordern deshalb eine Politik der Wiederherstellung: **für die seelische Gesundheit des Volkes ebenso wie für seine körperliche Integrität.** Das beginnt bei echter Prävention statt Pharmalobbyismus, bei einer Entkommerzialisierung des Gesundheitswesens, bei Respekt vor alten Menschen, bei klaren Grenzen für Transhumanismus, Genmanipulation, Reproduktionsindustrie und datenbasierte Verhaltenslenkung.

Die Würde des Menschen ist nicht digitalisierbar.

Besondere Wachsamkeit gilt der zunehmenden Verschmelzung von Technologie und Körperlichkeit: KI-gestützte Diagnoseverfahren, soziale Algorithmen, neurobiologische Überwachung, hormonelle Eingriffe bei Kindern – all das sind Entwicklungen, die nicht technikfeindlich, sondern **menschlich kritisch** betrachtet werden müssen.

848 Wir stellen dem ein anderes Bild entgegen: Der Mensch ist keine Maschine, sondern
849 ein Geschöpf mit Würde. Seine Gesundheit ist nicht nur medizinisch, sondern
850 seelisch, sozial und geistig. Die Würde des Menschen ist nicht digitalisierbar.

851 Der Mensch braucht Maß, Rhythmus, Natürlichkeit – körperlich wie seelisch. Politik
852 darf sich nicht am Grenznutzen von Patenten, Daten oder globalen Strategien
853 orientieren, sondern am Leben selbst: **an dem, was den Menschen als leibliches,**
854 **geistiges und gemeinschaftliches Wesen ausmacht.**

855 Die Verteidigung des natürlichen Lebens ist kein Nebenaspekt, sondern **das**
856 **Fundament jeder echten Ordnung.** Die Wiederherstellung dieser Ordnung ist eine
857 politische Aufgabe ersten Ranges.

858

13. Freiheit – nicht vom, sondern für das Volk

Freiheit ist kein Selbstzweck. Sie ist kein bloßer Zustand der Beliebigkeit, kein Recht zur Entwurzelung, keine Einladung zur Entgrenzung. Freiheit ist die Bedingung dafür, dass der Mensch sich entfalten, Verantwortung übernehmen, Gemeinschaft gestalten kann – eingebunden in Herkunft und Kultur. Nur wer eine Herkunft hat, kann eine Zukunft gestalten.

Wir sprechen deshalb nicht von Freiheit **von** allem, sondern von Freiheit **für** etwas: für Bindung, für Verantwortung, für das Eigene. Der Mensch wird nicht frei, wenn man ihn isoliert – sondern wenn er in einer lebendigen Gemeinschaft aufwächst, seine Wurzeln kennt und weiß, wer er ist.

Wir wenden uns gegen die Entwertung des Freiheitsbegriffs durch eine Gesellschaft, die ihre Maßstäbe von Algorithmen, Moden oder Marktkräften bestimmen lässt. Denn wer alles darf, muss irgendwann alles mit sich machen lassen. Und wer keine Bindung kennt, ist anfällig für Zwang.

Freiheit im Sinne unseres Programms bedeutet: Die Fähigkeit zur Selbstbestimmung im Rahmen einer geordneten Gemeinschaft. Sie lebt von innerer Reife, nicht von Konsum. Sie braucht Grenzen, nicht um zu unterdrücken – sondern um zu ermöglichen. Nur wer weiß, wo die Grenze ist, kann sich bewusst entscheiden.

Freiheit bedeutet Fähigkeit zur Selbstbestimmung

Freiheit bedeutet auch: Nein sagen zu können – zur Lüge, zur Umerziehung, zur Tyrannei der Meinungsmacher. Freiheit bedeutet, nicht nur frei zu reden, sondern frei zu denken. Und frei zu glauben. In diesem Sinne ist die Verteidigung der Freiheit nicht Privatsache, sondern Volkssache. Denn ein unfreies Volk bleibt Objekt – ein freies Volk wird wieder Subjekt.

Unsere Politik will den Menschen zur Freiheit befähigen, indem wir ihn als Persönlichkeit stärken. Die politische Ordnung muss Räume der Selbstverantwortung schaffen: im wirtschaftlichen Handeln, im kulturellen Ausdruck, in der geistigen Entfaltung. Wo das Volk zum Träger seiner eigenen Geschichte wird, ist Freiheit kein Risiko – sondern Erfüllung.

14. Meinungsfreiheit und geistige Selbstbestimmung

Ohne Meinungsfreiheit gibt es keine Wahrheitssuche. Und ohne Wahrheitssuche keine Freiheit. Eine politische Ordnung, die sich der Kritik entzieht, die Andersdenkende ausgrenzt, zensiert oder kriminalisiert, ist nicht freiheitlich – sondern autoritär, selbst wenn sie sich mit pluralistischen Begriffen schmückt.

In der Bundesrepublik hat sich ein Meinungsregime etabliert, das **sowohl durch offene Verbote als auch durch soziale Ächtung, mediale Gleichschaltung, digitale Löschung und gesetzgeberische Drohkulissen** operiert. Wer öffentlich die falschen Fragen stellt, riskiert berufliche Nachteile, soziale Isolation, polizeiliche Maßnahmen – oder wird algorithmisch unsichtbar gemacht.

Doch Meinungsfreiheit ist nicht nur ein individuelles Abwehrrecht – sie ist die Grundlage jedes freien Gemeinwesens. Nur durch Rede und Gegenrede, These und Antithese, durch die Konfrontation mit dem Ungewohnten entsteht geistige Reife. Eine Gesellschaft, die sich nur noch selbst bestätigt, verliert ihre Urteilkraft – und am Ende ihre Freiheit.

Wie keine zweite politische Kraft treten wir für Meinungsfreiheit und gegen Totalitarismus ein.

Wir fordern deshalb als politische Kraft im Dienst unseres Volkes: **die uneingeschränkte Wiederherstellung der Meinungs-, Rede-, Presse- und Wissenschaftsfreiheit.** Gesetzliche Formulierungen wie „Hassrede“, „Delegitimierung“ oder „Desinformation“ dienen heute weniger dem Schutz als der Ausgrenzung – und sind zu streichen oder rechtssicher zu präzisieren.

Zensur durch Plattformen, Konzerne oder staatsnahe Medienkartelle ist mit einer freiheitlichen Ordnung unvereinbar. Die Vielfalt der Medien, die Autonomie der Sprache und die Debattenkultur sind keine Dekorationen – sie sind Schutzwälle gegen politische Totalisierung.

Meinungsfreiheit heißt nicht, dass jede Meinung wahr ist – aber dass jede Meinung geäußert werden darf. Wahrheit entsteht nicht in Konformismus oder Harmoniesucht, sondern im Wettstreit der Meinungen und Ideen. Wer sein Volk bewahren will, muss zuerst **den geistigen Raum zurückerobern, in dem Denken wieder möglich ist.**

923 Denn: Ohne Sprache – kein Bewusstsein. Ohne Debatte – kein Fortschritt. Ohne
924 Freiheit – kein souveränes Volk. Wer das Wort kontrolliert, kontrolliert das Denken.
925 Wer das Denken kontrolliert, kontrolliert das Tun. Deshalb ist Meinungsfreiheit kein
926 Nebenrecht. Mit ihr steht und fällt **geistige Souveränität**.

15. Medien, Öffentlichkeit und Wahrheit

Medien- und Meinungsfreiheit bilden das Herzstück einer freiheitlich-volkszentrierten Ordnung. Ohne freie Debatte und ohne eine vielfältige, unabhängige Medienlandschaft verkommt das Wort zum Zirkelschluss, und Wahrheit wird zur Machttechnik. Während das vorangegangene Kapitel die individuelle Meinungsfreiheit - also Schutz vor Zensur und Löschung sowie das Recht auf geistige Selbstbestimmung - behandelt, widmen wir uns nachfolgend der öffentlichen Infrastruktur der Meinungsbildung selbst:

A. Struktur der Medien-Landschaft

- **Dezentralisierung statt Gebührenzwang:** Wir fordern die Abschaffung der Rundfunkbeiträge und die Auflösung staatsfinanzierter Monopole. Öffentlich-rechtliche Sender sollen sich künftig über freiwillige Abonnements und honorarbasierten Projektjournalismus finanzieren.
- **Förderung lokaler Medienkultur:** Kleinere Zeitungen, unabhängige Online-Portale und Radiosender sind essenziell, um Informationsvielfalt zu garantieren. Bund und Länder dürfen keine perverse Subventionspolitik betreiben, die Ungleichheiten verstärkt, sondern müssen fördern, wo Redaktions- und Produktionskompetenz ohnehin vor Ort vorhanden ist.

***Das Kartellrecht muss auch im Medienbereich
Anwendung finden.***

B. Kartell- und Transparenzpflichten

- **Gegen Medieneigentumskonzentration:** Großverlage und Plattform-Netzwerke dürfen nicht unkontrolliert fusionieren oder dominieren. Kartellrecht muss auch auf Medienmärkte ausgedehnt werden, um Vielfalt zu sichern.
- **Offenlegung von Eigentümer- und Finanzstrukturen:** Jede Redaktion, jeder Sender muss öffentlich machen, wer die Mehrheit hält, wer finanziert und wer redaktionelle Leitlinien vorgibt. Nur so kann der Bürger die Glaubwürdigkeit prüfen.

959 **C. Wahrheitssicherung und Rechenschaft**

- 960 • **Ethik- und Publikumsräte:** Neben Chefredakteuren brauchen wir
961 unabhängige und staatsferne Gremien aus Bürgern, Experten und
962 Oppositionsvertretern, die regelmäßig prüfen, ob Berichterstattung
963 ausgewogen, faktenbasiert und transparent ist.
- 964 • **Korrekturpflicht:** Fehlerhafte oder einseitige Beiträge müssen schnell,
965 prominent und ungekürzt korrigiert werden, ohne bürokratische Hürden.

966 **D. Digitale Informationsfreiheit**

- 967 • **Netzneutralität:** Jeder Content-Anbieter muss fairen Zugang zum Online-
968 Publikum haben. Keine Vorrangschaltung oder Drosselung von politischen
969 Inhalten.
- 970 • **Schutz vor Überwachung:** Vorratsdatenspeicherung und Beobachtung
971 durch Sicherheitsbehörden untergraben das Vertrauen in freie
972 Kommunikation. Wir treten ein für das Ende anlassloser Massenüberwachung
973 und für rechtsstaatliche Kontrolle aller digitalen Maßnahmen.

974

975 **Medien- und Meinungsfreiheit** sind untrennbar verknüpft: Die Freiheit des
976 Einzelnen braucht eine Infrastruktur, die sie schützt, und eine Medienlandschaft, die
977 sie befördert. Nur so kann aus vielfältigen Perspektiven die Wahrheit wachsen und
978 das Volk als mündiger Debattenteilnehmer wieder Subjekt seiner Geschichte
979 werden.

980

981

982

983

984

985

986

16. Arbeit, Wirtschaft und Eigentum – Dienst an Volk und Erde

Wirtschaft ist kein Selbstzweck. Sie dient dem Leben – nicht umgekehrt. In einer gesunden Ordnung steht die Ökonomie nicht über dem Volk, sondern unter dem Gesetz des Gemeinwohls. Ihre Aufgabe ist es, für Sicherheit, Würde und Zukunftsfähigkeit zu sorgen: für das Volk, für die Schöpfung, für die kommenden Generationen.

Wir wenden uns gegen die Entgrenzung der Wirtschaft durch Globalismus, Konzernmacht und anonyme Finanzmärkte. Ein Markt, der keine Bindung kennt, zerstört Bindung. Ein Kapital, das keine Herkunft hat, kennt keine Verantwortung. Wir fordern daher eine **raumorientierte Wirtschaftsordnung**, in der Eigentum verpflichtet, Arbeit würdig ist und Technik dient – nicht herrscht.

Arbeit ist kein Kostenfaktor, sondern Grundlage von Selbstachtung, Teilhabe und Gemeinsinn. Der arbeitende Mensch ist nicht Verfügungsmasse, sondern Träger der Volkswirtschaft. Deshalb muss jede Politik die Arbeit des Volkes schützen: vor Verlagerung, vor Entwertung, vor Entmenschlichung durch Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI).

Wohlstand entsteht nicht durch Deregulierung allein – sondern durch Leistung, Bildung, soziale Gerechtigkeit und langfristige Planung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Wir denken nicht in Quartalszahlen, sondern in Generationen und stehen für eine Ordnung, in der regionale Kreisläufe gestärkt, Mittelstand und bäuerliche Betriebe gefördert, Abhängigkeiten abgebaut werden.

Wir fordern eine raumorientierte Wirtschaftsordnung.

Die Frage des Eigentums ist eine Frage der Macht – und der Freiheit. Wir erkennen die Bedeutung des Privateigentums ausdrücklich an: als Grundlage persönlicher Unabhängigkeit, familiärer Verantwortung und sozialer Stabilität. Eigentum verpflichtet – aber es schützt auch. Deshalb wenden wir uns gleichermaßen gegen die Enteignungstendenzen eines übergriffigen Staates wie gegen die Entwurzelung durch globalistische Kapitalmacht.

Land, Boden, Wasser und Energie sind kein Spekulationsgut internationaler Fonds – aber auch kein rechtloser Zugriffspunkt für suprastaatliche Behörden und intransparente Bürokratien. Die wachsende Bedrohung durch Finanzregister, digitale Kontrollinstrumente oder vermutungsbasierte Einziehungsmechanismen

1021 zeigt: Nicht nur das Kapital will entgrenzen – auch der Staat greift nach dem Innersten
1022 des Bürgers.

1023 Deshalb fordern wir: Heimische Ressourcen gehören in heimische Hände – unter
1024 klaren Schutzrechten, aber auch in klarer Verantwortung. Eine gerechte Ordnung
1025 wahrt die Freiheit des Eigentümers ebenso wie die Bindung an das Ganze.

1026 Wir streben eine neue Sozialordnung in der der Mensch nicht für den Markt existiert,
1027 sondern der Markt für den Menschen. Und für das Volk.

1028

1029 **17. Währungssouveränität und stabile Geldordnung**

1030 **Eine nationale Geld- und Währungspolitik ist Kern staatlicher Souveränität. Die**
1031 **Dysfunktionalität der Euro-Zone, die Erosion solider Staatsfinanzen und der**
1032 **Angriff auf Freiheitsrechte durch digitales Zentralbankgeld verlangen einen**
1033 **Kurswechsel. Deutschland braucht eine Geldordnung, die Wohlstand, Eigentum**
1034 **und Freiheit schützt – nicht eine Haftungs- und Lenkungsunion.**

1035 Im Zuge astronomischer Ausgaben für Massenzuwanderung, „Energiewende“ und
1036 Kriegskredite bei gleichzeitig wegbrechenden Einnahmen infolge rasanter
1037 Deindustrialisierung ist Deutschland auf dem besten Weg, zum Sanierungsfall zu
1038 werden. Die wirtschaftlichen Fundamentaldaten verschlechtern sich zunehmend:
1039 hohe Ausgaben, wachsende Schulden, schrumpfende Industrieproduktion und ein
1040 Staatsapparat, der sich immer weniger selbst finanzieren kann.

1041 Die Euro-Zone begünstigte durch dauerhaft zu niedrige Realzinsen hochverschuldete
1042 Staaten und benachteiligt solide wirtschaftende Länder. Deutschland ist im EZB-Rat
1043 unterrepräsentiert, während Target-Salden zeitweise über die Billionengrenze
1044 stiegen – ein Indikator für zins- und tilgungsfreie Kredite an Krisenstaaten ohne
1045 realistische Tilgungsperspektive.

1046 **Ja zur Bargeldfreiheit!**

1047 Parallel dazu wächst die Gefahr einer entgrenzten Geldlenkung durch die Einführung
1048 eines digitalen Euros (CBDC). Ein zentralistisch organisiertes, programmierbares
1049 Staatsgeld bedroht Bargeldfreiheit, ermöglicht die Durchsetzung von Negativzinsen
1050 und schafft die Voraussetzung für umfassende Verhaltens- und
1051 Transaktionskontrollen. Einmal eingeführt, kann niemand mehr garantieren, dass
1052 nicht auch Bargeldverbote oder digitale Sperrfunktionen folgen. Wir lehnen ein
1053 solches System entschieden ab und fordern entsprechende Schutzklauseln im
1054 Grundgesetz. Bargeld muss als öffentlich garantiertes Zahlungsmittel erhalten
1055 bleiben; privates Geld – etwa Kryptowährungen – darf nicht kriminalisiert werden.

1056 ***Deutschland muss die Eurozone verlassen. Ein***
1057 ***geordneter Ausstieg ist möglich!***

1058 **Die nationale Währung muss Ausdruck der Leistungskraft sein und darf nicht**
1059 **zum internationalen Spekulationsobjekt verkommen!**

1060 Der EU-Prozess ist politisch reversibel. Das Bundesverfassungsgericht hat im
1061 Maastricht-Urteil die Währungsunion nur als Stabilitätsgemeinschaft gebilligt und für

den Fall ihres Scheiterns den Weg zurück in eine nationale Währung ausdrücklich offengelassen. Ein geordneter Übergang ist mit einer parallel eingeführten nationalen Währung, zeitweiligen Wechselkursbandbreiten und klar geregelten Umtauschrechten für in Deutschland Steuerpflichtige technisch und rechtlich realisierbar. Eine mögliche Aufwertung einer deutschen Währung wäre für eine übermäßig exportlastige Struktur herausfordernd, könnte aber die Euro-Altschuldenlast relativ entschärfen. Die Risiken einer fortgesetzten Haftungs- und Transferunion sind demgegenüber nicht länger vertretbar. Deutschland muss – gegebenenfalls im Verbund mit anderen stabilen Staaten wie Finnland, Österreich oder den Niederlanden – die Euro-Zone verlassen, um nicht weiter in währungs- und finanzpolitische Geiselhaft genommen zu werden. Als europapolitische Alternative ließe sich eine Wiederbelebung der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) ins Auge fassen.

Forderungen

1. **Geordneter Austritt aus der Euro-Zone in Stufen:** Verhandlungsmandat zur Wiedererlangung der Währungshoheit und übergangsweise Einführung einer nationalen Parallelwährung. Ein solcher Schritt kann auch koordiniert mit anderen stabilen Mitgliedstaaten erfolgen.
2. **Stärkung der Bundesbank** als unabhängiger, demokratisch legitimierter Notenbank mit stabilem Mandat (Preisniveaustabilität, Finanzstabilität) und klarer Rechenschaft gegenüber Parlament und Öffentlichkeit.
3. **Bargeldgarantie ins Grundgesetz:** Bargeld als gesetzliches Zahlungsmittel [ist](#) unverzichtbar; kein De-facto-Abschaffen durch Gebühren, Obergrenzen oder Annahmeverweigerung im Alltag.
4. **Klare Absage an digitales Zentralbankgeld (CBDC) als Steuerungsinstrument:** keine Programmierbarkeit der Zahlungen, keine personalisierte Verhaltenslenkung, keine Durchsetzung von Negativzinsen; strikte Trennung zwischen Bürgerkonten und Notenbank. Sollte es eingeführt werden, nur als optionales Zusatzangebot mit verfassungsrechtlich gesicherter Barzahlungsfreiheit.
5. **Währungswettbewerb zulassen:** rechtssicherer Besitz und Erwerb von Edelmetallen und Kryptowährungen; keine Kriminalisierung privater, dezentraler Zahlungsnetze.

- 1100 6. **Solide Staatsfinanzen:** Priorität für nachhaltige Haushaltsführung, Transparenz
1101 über implizite Verbindlichkeiten (Renten, Pensionen), Rückführung konsumtiver
1102 Ausgaben;
1103
- 1104 7. **Wachstum durch Reindustrialisierung** statt geldpolitischer Scheinlösungen.
1105
- 1106 8. **Haftungsunion beenden:** Keine weitere Vergemeinschaftung von Schulden und
1107 Risiken; klare nationale Verantwortung statt verdeckter Transfers über Euro-
1108 Rettungsschirme und Bilanzkanäle.
1109
- 1110 9. **Schutz von Ersparnissen und Verträgen** in der Übergangsphase: rechtssichere
1111 Umstellung privater Guthaben und Verbindlichkeiten, Gläubigerschutz und
1112 soziale Flankierung; Vermeidung abrupter Brüche durch abgestufte Fristen und
1113 transparente Kommunikation.
1114
- 1115 **Nur wer seine Währung selbst bestimmt, kann über sein Schicksal frei**
1116 **entscheiden. Eine souveräne Nation braucht eine souveräne Geldordnung –**
1117 **ohne sie verliert der Staat seine Gestaltungs- und Schutzkraft.**
1118
1119
1120
1121
1122
1123
1124
1125
1126
1127
1128
1129
1130
1131
1132
1133
1134
1135

18. Landwirtschaft und Ernährungssouveränität

Kein Volk kann souverän sein, das sich nicht selbst ernähren kann. Kein Volk kann verwurzelt bleiben, wenn es sein Land verliert. **Die Landwirtschaft ist mehr als ein Wirtschaftssektor – sie ist Grundlage unserer Existenz.** Sie schafft nicht nur Nahrung, sondern erhält Landschaft, stiftet Identität und bindet Generationen an Boden und Berufung. Unsere Bauern sind Bewahrer von Boden, Tradition und Gemeinschaft. Eine gesunde Agrarpolitik sichert nicht nur die Ernährung, sondern auch die wirtschaftliche und soziale Stabilität ländlicher Räume.

Doch die Lage der deutschen Bauern ist dramatisch. Jahrzehntelange Überregulierung, Preisdiktate durch Handelsmonopole, Flächenfraß durch Industrialisierung und Zwang zur Technokratisierung haben weite Teile der bäuerlichen Kultur ausgedünnt. **Höfe verschwinden, während Agrarkonzerne wachsen.** Gleichzeitig sollen unsere Landwirte die „Klimarettung“, Welternährung und Brüsseler Planvorgaben zugleich schultern – und ernten dafür Misstrauen, Bürokratie und Enteignung.

Eine gesunde Landwirtschaft sichert sowohl die Ernährung als auch die wirtschaftliche und soziale Stabilität ländlicher Räume.

Wir sagen: **Genug. Die Zukunft unseres Volkes braucht Bauern.**

Wir fordern deshalb:

- **Vorrang für die einheimische Landwirtschaft** bei politischer Förderung und Marktregulierung,
- **Keine Abkommen auf Kosten unserer Landwirte:** Freihandelsverträge wie Mercosur dürfen nicht zulasten deutscher Höfe gehen. Wir fordern klare Ausgleichsmechanismen, Importkontingente und Mindestpreise für Agrarprodukte aus Drittstaaten, damit unsere Bauern nicht durch Dumpingware verdrängt werden.
- **Schutz vor Billigimporten:** Getreideimporte aus Niedriglohnländern brauchen strenge Kontrollen und Zollschränken, um Lohndumping und Umweltverlagerung zu verhindern. Nur so bleibt der Acker in heimischer Hand und die regionale Wertschöpfung gesichert.
- **Erhalt und Wiederaufbau regionaler Verarbeitung, Vermarktung und Versorgungsketten:** Kurze Lieferketten, Direktvermarktung und lokale

1170 Genossenschaften erhöhen Erlöse und Unabhängigkeit gegenüber großen
1171 Handelsketten.

1172 • **Begrenzung von Landkauf durch Konzerne, Investoren oder raumfremde**
1173 **Mächte:** Boden darf nicht Spekulationsobjekt sein. Wir fördern
1174 Erbpachtmodelle, um Höfe künftig in Familienhand zu halten, und setzen uns
1175 für eine Begrenzung von Landkäufen durch Investoren ein.

1176 • **Förderung kleinbäuerlicher, familiengeführter Betriebe** vor
1177 agroindustriellen Großbetrieben,

1178 • **Entbürokratisierung der Landwirtschaft, Abschaffung ideologischer**
1179 **Berichtspflichten,**
1180
1181

1182 Bauern brauchen nicht mehr Auflagen, sondern mehr Vertrauen. Nicht mehr
1183 Belehrung, sondern mehr Schutz. Nicht mehr Klima-Aufsicht, sondern die Freiheit,
1184 ihren Beitrag zur Ernährungssouveränität leisten zu können. Wer heute Land
1185 bearbeitet, trägt mehr Verantwortung als viele, die von Nachhaltigkeit nur reden.

1186 **Deutsche Landwirtschaft ist Kulturerbe – kein CO₂-Faktor.**

1187 Wir bekennen uns zur **Förderung bodenständiger, regenerativer, tiergerechter**
1188 **Anbauformen**, die Raum und Rhythmus, Kreislauf und Maß bewahren. Doch wir
1189 lehnen den Versuch ab, mit Öko-Zertifikaten, Emissionsabgaben und
1190 Flächenstilllegung die Existenzgrundlage unserer Bauern zu zerstören.

1191 Die Landwirtschaft ist eine strategische Schlüsseldisziplin – für Ernährung, Umwelt,
1192 Gesundheit, Familienbindung, Siedlungsstruktur, Kulturpflege und
1193 Selbstversorgung. **Wer den Bauernstand rettet, rettet das Land.**

1194

1195

1196

1197

1198

1199

19. Umwelt, Energie und Schutz des natürlichen Lebensraums

Heimat ist nicht nur ein kultureller, sondern auch ein natürlicher Raum. Wälder, Wiesen, Flüsse, Tiere, Jahreszeiten, das Klima einer Landschaft – all das prägt das Volk ebenso wie seine Sprache, Geschichte oder Bräuche. **Wer Natur zerstört, zerstört Lebensraum. Wer Lebensraum verliert, verliert Heimat.**

Doch der sogenannte Umweltschutz ist in den Händen der globalistischen Moderne zum Herrschaftsinstrument verkommen: zur moralisch aufgeladenen Ersatzreligion, zur Lenkungstechnologie und Enteignungsmaschine. Unter dem Banner des „Klimaschutzes“ werden Freiheit, Eigentum und Lebensweise der Völker geopfert – während multinationale Konzerne, CO₂-Zertifikatehändler und NGO-Komplexe ganze Kontinente durchprivatisieren.

Wir setzen dem ein anderes Verständnis entgegen: **Schöpfungsverantwortung statt Klimapanik, Maß und Bewahrung statt Kontrolle und Umerziehung.**

Wissenschaftsfreiheit und Klimapolitik

Wir wenden uns gegen die Ideologisierung der Klimatologie und die Moralisierung öffentlicher Debatten. Wissenschaft lebt von offener Kontroverse, Transparenz über Unsicherheiten und pluralen Forschungsansätzen – nicht von Gesinnungsdruck. Politik hat dies zu achten und darf Forschung weder zu Dogmen noch zu Lenkungsinstrumenten degradieren.

Eine regelrechte Klimareligion, die die Risiken des natürlichen Klimawandels (bspw. durch Vulkanausbrüche) komplett ausblendet und den Wissenschaftsbetrieb ideologisiert, lehnen wir ab. In die Betrachtung sind natürliche Schwankungen, Extremwetter und geophysikalische Ereignisse ebenso einzubeziehen wie menschengemachte Einflüsse.

Daseinsvorsorge geht vor Symbolpolitik

Die Politik hat Prioritäten so zu setzen, dass Freiheit, Eigentum und die natürlichen, funktionalen und kulturellen Tragpfeiler unseres Lebensraums – Boden, Wasser, Wälder und Biodiversität; Versorgungssicherheit und Infrastruktur; Landschaftsbild und regionale Wertschöpfung – nicht untergraben werden.

Wissenschaftliche Redlichkeit, Technologieoffenheit und Resilienz statt Deindustrialisierung sind Leitlinien für Forschung, Energie und Zukunftssicherung.

1233 Wir bekennen uns zu einem echten Naturschutz und zum Erhalt der Landschaft als
1234 Lebensraum für Mensch und Tier. Emissionsvermeidung und Ressourcenschonung
1235 sind dabei keine Feindbilder, sondern Grundprinzipien jeder gesunden Ordnung.
1236 Aber sie dürfen nicht ideologisch verengt, sondern müssen technologisch und
1237 kulturell eingebettet gedacht werden.

1238 Das gilt besonders für die Energiepolitik: Wir fordern einen **vernunftgeleiteten**
1239 **Energiemix**, der Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und nationale
1240 Souveränität verbindet. Dazu gehören:

- 1241 • dezentrale Energiegewinnung in Verbindung mit der Schaffung effektiver
1242 Speichermöglichkeiten,
- 1243 • regionale/kommunale Netze zur effektiveren Nutzung dezentral gewonnener
1244 Energie,
- 1245 • Aufwertung von Wasserkraft, Bioenergie und Geothermie,
- 1246 • saubere Nutzung fossiler Ressourcen in Übergangsphasen,
- 1247 • Kernenergie: offene Prüfung neuer Reaktortechnologien ab der 4. Generation
1248 (beispielsweise Small Modular Reactors - SMR - und Dual-Fluid-Reaktoren),
- 1249 • Ablehnung grüner Abhängigkeitsstrukturen durch ausländische Stromimporte
1250 und Rohstoffmonopole.
- 1251 • **Energiepolitik im Dienst von Freiheit und Eigentum:** Keine Maßnahmen, die
1252 Landschaften zerstören, Preise unbezahlbar machen oder Menschen enteignen;
1253 Priorität für Versorgungssicherheit, regionale Wertschöpfung und bezahlbare
1254 Energie.

1255 Die pauschale Verteufelung der Kernenergie ist überholt. Moderne Technologien
1256 bieten Chancen, Emissionen zu senken, Abfälle zu minimieren und
1257 Energieautonomie zurückzugewinnen – wenn sie verantwortungsvoll und im Dienst
1258 des Volkes eingesetzt werden.

1259 ***Wer Heimat will, muss Natur schützen.***

1260 Umweltpolitik darf kein Feigenblatt globaler Kontrolle sein – sondern Ausdruck
1261 echter Bindung an die Erde, auf der unser Volk lebt. Heimat beginnt im Wald, auf der
1262 Wiese, am Bach. Und sie endet dort, wo Beton, Windkraftwüsten, Bodenversiegelung
1263 und Strompreiswahn das Leben entwerten.

1264 **Wer Heimat will, muss Natur schützen. Aber nicht gegen den Menschen –**
1265 **sondern mit ihm.** Kein ideologischer Ökologismus, sondern kulturbewusste
1266 Schöpfungsverantwortung!

20. Innere Sicherheit und äußere Wehrhaftigkeit

Ein Volk, das sich nicht schützt, nach innen wie nach außen, ist Spielball fremder Mächte – national wie international. Sicherheit ist keine Nebenaufgabe, sondern Voraussetzung für Freiheit, Heimat und kulturelle Kontinuität. Eine Ordnung, die das Eigene nicht mehr schützt, verliert jeden Anspruch auf Legitimität.

Wir fordern daher eine Rückbesinnung auf die eigentliche Aufgabe staatlicher Ordnung: den Schutz des Volkes vor Gewalt, Zersetzung und dem Zerfall der öffentlichen Räume. Nicht abstrakt – sondern konkret. Nicht technokratisch – sondern am Menschen orientiert.

Heute erleben wir jedoch das Gegenteil: Während Teile des Sicherheitsapparates mit hoher Intensität gegen Regierungskritiker, Demonstranten, Bauern, Bürgerbewegungen und impfkritische Eltern vorgehen, bleibt in kriminellen Parallelgesellschaften, Clans und No-Go-Areas vielfach der Rückzug die einzige Strategie. Ordnungshüter, die alte Menschen wegen angeblicher Abstandsverstöße von der Parkbank holen, aber in problematischen Vierteln weggucken – das ist keine Gerechtigkeit, sondern Gesinnungsverwaltung.

***Souveränität bedeutet: die Fähigkeit,
unabhängig zu handeln – politisch,
wirtschaftlich, militärisch, geistig***

Sicherheit ist kein Herrschaftsinstrument – sie ist ein Dienst am Bürger. Deshalb bedarf es nicht eines immer größeren Polizeiapparats, sondern einer Entlastung der bestehenden Kräfte von Bürokratie und ideologischen Auflagen. Nur so kann sich die Polizei wieder auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren: die Durchsetzung echten Rechts und die Wahrung der öffentlichen Ordnung.

Wir fordern die konsequente Ahndung krimineller Gewalt, den **entschlossenen Schutz der Grenzen** und die Rückgewinnung der Hoheit über alle Stadtteile, Gemeinden und Verkehrswege – kurz: **die Wiederherstellung eines allgemeinen Rechts- und Vertrauensraums**, in dem das Volk sich sicher und heimisch fühlen kann.

Dabei halten wir bewusst Abstand zu ausgehöhlten Begriffen wie „Extremismus“, die heute vor allem zur Ausgrenzung missliebiger Positionen dienen. Nicht Begriffe, sondern Handlungen müssen bewertet werden: Wer das Gemeinwesen aktiv

1300 untergräbt, Gewalt anwendet oder in Parallelstrukturen auf Kosten des deutschen
1301 Volkes lebt, muss zur Verantwortung gezogen werden – unabhängig von Ideologie,
1302 Herkunft oder Parteizugehörigkeit.

1303 **Kein deutsches Blut für fremde Interessen**

1304 Auch nach außen braucht ein Volk Schutz – nicht als imperiale Macht, sondern als
1305 eigenständige Nation. Souveränität bedeutet: die Fähigkeit, unabhängig zu handeln
1306 – politisch, wirtschaftlich, militärisch, geistig. Eine echte Außenpolitik im Interesse
1307 des eigenen Volkes muss frei sein von erzwungener Bündnistreue,
1308 Globalisierungsideologie und fremder Einflussnahme.

1309 Das schließt eine eigenständige Sicherheitsarchitektur ein, was den Austritt aus der
1310 NATO zwingend erfordert. **Die Streitkräfte sind der Schutzmacht des eigenen**
1311 **Volkes verpflichtet – nicht geopolitischen Abenteuern. Wir schließen sowohl**
1312 **Auslandseinsätze als auch den Einsatz der Bundeswehr gegen das eigene Volk**
1313 **aus.** Unser Grundsatz lautet: Kein deutsches Blut für fremde Interessen. Unter
1314 diesen Bedingungen ist eine Wehrpflicht als Teil eines allgemeinen
1315 Gemeinschaftsdienstes zu befürworten – im Sinne von Verantwortung,
1316 Zusammenhalt und Selbstbehauptung.

1317 **Sicherheit und Souveränität sind keine Schlagworte, sondern**
1318 **Lebensbedingungen eines freien Volkes.**

1319

21. Staatliche Ordnung – Verantwortung statt Parteienherrschaft

Der Staat ist kein Selbstzweck. Er ist die äußere Gestalt einer inneren Ordnung – eine Dienstform, geschaffen, um dem Volk Schutz, Struktur und Zukunft zu sichern. Wenn aber Institutionen sich verselbständigen, wenn Parteien den Staat zu ihrer Beute machen, wenn Bürokratie das Leben erstickt und Repräsentation zur Entmündigung wird, dann ist es Zeit, die Ordnung neu zu denken.

Wir fordern eine Erneuerung des Staatsaufbaus auf Grundlage folgender Prinzipien:

A. Subsidiarität und kommunale Freiheit

Das System muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Entscheidungen sind dort zu treffen, wo sie mit größtmöglicher Kompetenz und Bürgernähe verantwortet werden können. Die Kommunen müssen wieder echte Handlungsspielräume erhalten – finanziell, organisatorisch und kulturell. Förderprogramme, Vergaberecht und Auflagen aus EU, Bund und Ländern sind zu verschlanken. Da die Europäische Union (EU) das Prinzip der Subsidiarität fortlaufend missachtet und sich Befugnisse anmaßt, die die nationale Souveränität und kommunale Selbstverwaltung untergraben, ist die EU-Mitgliedschaft Deutschlands zügig aufzukündigen und der geordnete Austritt zu vollziehen. Gemeinde und Region sind das Fundament politischer Mündigkeit.

B. Echte Gewaltenteilung– Neutralität der Justiz

In der Bundesrepublik herrscht keine echte Gewaltenteilung, sondern eine strukturelle Verschränkung politischer, legislativer und judikativer Macht. Wir fordern eine Wiederherstellung echter Unabhängigkeit von Legislative, Exekutive und Justiz – besonders durch **Stärkung der Eigenständigkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften.**

Die zunehmende Politisierung der höchstrichterlichen Rechtsprechung hat sich zu einer der größten Gefahren für die Gewaltenteilung in Deutschland entwickelt. Die Urteile des Bundesverfassungsgerichts zum sogenannten Klimaschutz, zur Corona-Politik der Bundesregierung oder zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben deutlich gemacht, dass sich das Bundesverfassungsgericht in einem immer stärkeren Ausmaß zum Erfüllungsgehilfen der Politik degradieren lässt. Mittlerweile werden bei Richterwahlen zum Bundesverfassungsgericht die Kandidaten offenbar gezielt nach dem Ausmaß ihrer Willfährigkeit gegenüber den Wünschen der politischen Klasse ausgewählt. **Um wenigstens eine etwas neutralere**

höchstrichterliche Rechtsprechung zu gewährleisten, sollten künftig die Richter am Bundesverfassungsgericht sowie am Bundesverwaltungsgericht per Losverfahren unter allen Inhabern eines Jura-Lehrstuhls in Deutschland ausgewählt werden.

C. Repräsentation mit Gegengewichten

Parlamentarismus darf nicht länger das Monopol der politischen Gestaltung sein. Die repräsentative Demokratie muss durch **verbindliche Volksentscheide auf Bundes- und Landesebene** ergänzt werden – vor allem bei Grundsatzfragen. Zugleich ist ein kultureller Reifungsprozess erforderlich: Politische Mündigkeit kann nicht dekretartig verordnet, sondern muss durch echte Informationsfreiheit, lebendige Debatten und lokale Verantwortung wachsen. **Volksentscheide brauchen ein Volk, das wieder souverän denken darf.**

D. Parteiendemokratie einhegen

Die Parteien dürfen an der politischen Willensbildung mitwirken – nicht sie monopolisieren. Ihre Übermacht ist zurückzudrängen: durch Begrenzung parteipolitischer Ämterhäufung, durch **Entflechtung von Parteien und Medien**, durch Reduzierung parteipolitisch besetzter Posten im öffentlichen Dienst. Das politische Leben muss entparteilicht werden – zugunsten von Bürgerbeteiligung, Fachverstand und Gemeinwohlorientierung.

***Politik darf keine risikofreie Spielwiese sein:
Wir fordern die Einführung der
Politikerhaftung.***

E. Verantwortung auf allen Ebenen

Minister wie Amtsleiter, Parteivorsitzende wie Behördenleiter, Bürgermeister wie Landräte – alle müssen für ihr Handeln einstehen. Politik darf keine risikofreie Spielwiese sein. Wir fordern daher:

- Einführung einer **Politikerhaftung** bei grober Pflichtverletzung, z. B. durch fahrlässige Haushaltsführung;
- Rückgriff auf Privatvermögen in Fällen vorsätzlicher Schädigung;
- **Ausschluss aktiver Parteipolitiker** aus Verfassungsgerichten und Kontrollinstanzen.

1385 **F. Qualifikation vor Parteibuch**

1386 Wir fordern eine Neubewertung öffentlicher Amtsführung: **Sachverstand,**
1387 **Berufserfahrung, Gemeinwohlorientierung** müssen wieder mehr wiegen als
1388 Parteitreue. Dazu gehört:

1389 • Einschränkung parteipolitischer Karrieren in Verwaltungen und
1390 Aufsichtsräten,

1391 • **transparente Besetzungsverfahren** für hohe Ämter.

1392 **Nur wer etwas kann und verantwortet, soll gestalten dürfen.** Fachwissen,
1393 Erfahrung und Gemeinsinn sind tragende Säulen einer gerechten und
1394 funktionsfähigen Ordnung.

1395 **G. Überparteiliche Verantwortung an der Spitze**

1396 Das Staatsoberhaupt – gleich welcher künftigen Verfassungsform – muss über den
1397 Parteien stehen. Es soll nicht regieren, sondern integrieren. Ob durch Wahl, Berufung
1398 oder Tradition – entscheidend ist, dass es sich dem Wohl des Ganzen verpflichtet
1399 weiß, nicht dem Vorteil einzelner Lager.

1400

1401 **22. Großraum, Heimat und Selbstbestimmung – Deutschlands** 1402 **geopolitische Sendung**

1403 Ein Volk, das seine eigene Lage nicht kennt, wird zur Schachfigur fremder Pläne.
1404 Deutschlands geopolitische Herausforderung ist einzigartig: Zwischen Westbindung
1405 und Ostverachtung, zwischen Brüsseler Bürokratismus und Washingtoner
1406 Hegemonie droht das deutsche Volk zum Objekt fremder Interessen zu verkommen.
1407 **Wir treten ein für eine Rückkehr zu einem eigenen geopolitischen Denken** – nicht
1408 im Sinne eines deutschen Imperialismus, sondern einer **freiheitlichen**
1409 **europäischen Großraumordnung**. Der Völkerrechtler Carl Schmitt formulierte als
1410 Kernprinzip: Kein Eingreifen raumfremder Mächte in gewachsene Ordnungsräume.
1411 Diese Idee bleibt aktuell – nicht als Herrschaftsmodell, sondern als Schutzprinzip.

1412 Der eurasische Raum – von Wladiwostok bis Lissabon – ist nicht einfach nur ein
1413 geographisches Konstrukt. Er ist ein historisch gewachsener Kultur-, Wirtschafts-
1414 und Sicherheitsraum, in dem Deutschland nicht Vasall oder Frontstaat sein darf,
1415 sondern Vermittler, Brückenbauer und Ordnungskraft. Voraussetzung dafür ist:
1416 nationale Selbstfindung nach innen – und souveräne Standortbestimmung nach
1417 außen. Souveränität und Frieden müssen die Basis deutscher Außenpolitik sein.
1418 **Frieden schützt unser Volk vor den Schrecken eines Krieges; Souveränität**
1419 **ermöglicht, unser Schicksal selbst in die Hand zu nehmen**. Von diesen beiden
1420 Grundsätzen ausgehend verfolgen wir unsere nationalen Interessen im Ausland so,
1421 dass Zuverlässigkeit und Redlichkeit Vertrauen schaffen und stabile Beziehungen
1422 ermöglichen. Unser Auftritt auf der internationalen Bühne soll unaufdringlich sein –
1423 als ehrlicher Vermittler, der hilft, Spannungen zu lösen.

1424

1425 **Frieden und Souveränität als Grundpfeiler deutscher Außenpolitik**

1426 Militärische Blockfreiheit und multivektorale Bündnisse außerhalb des Militärischen
1427 verschaffen uns den größten Handlungsspielraum. Gleichzeitig achten wir die
1428 Unversehrtheit und Selbstbestimmung anderer Staaten, indem wir uns aus ihren
1429 inneren Angelegenheiten heraushalten. So entsteht eine echte Grundlage für
1430 friedliche Zusammenarbeit.

1431 Der sture Fokus auf den transatlantischen Raum entspricht nicht mehr den globalen
1432 Entwicklungen, denn die Machtverlagerung nach Asien macht es notwendig, unsere

1433 Außenpolitik neu auszurichten. Eine einseitige Bindung an Washington – ohne
1434 Rücksicht auf andere Großräume – greift zu kurz.

1435 Unsere Mitgliedschaft in internationalen, wirklich **zwischenstaatlichen**
1436 Organisationen kann sinnvoll sein. Allerdings darf sie nicht dazu führen, dass die
1437 Entscheidungsfreiheit Deutschlands dauerhaft eingeschränkt wird.
1438 Staatenbündnisse dürfen nicht automatisch ihre eigenen Kompetenzen erweitern,
1439 so dass das Parlament des Nationalstaats kaum mehr Mitspracherecht hat. Ob
1440 Handelsabkommen, Rohstoffversorgung oder Wissensaustausch: Oft ist eine
1441 direkte, **bilaterale** Absprache zielführender als eine komplizierte multilaterale
1442 Institution. Wir setzen auf eine **flache Integration**, nicht auf eine tiefe Vereinigung
1443 nach EU-Vorbild.

1444 Wir bekennen uns zum Selbstbestimmungsrecht der Völker und Kulturen, das jede
1445 echte Friedensordnung voraussetzt. Geopolitik darf nie Selbstzweck sein, sondern
1446 muss am Leben, der Würde und der kulturellen Eigenart der Völker Maß nehmen.

1447 Auf kulturellem Gebiet ist uns die Unterstützung deutscher Gemeinschaften im
1448 Ausland besonders wichtig. Wer die deutsche Sprache und Kultur fördert, sorgt
1449 gleichzeitig für Verständigung und guten Willen. Das gleiche Ziel verfolgen wir auch
1450 in umgekehrter Richtung: Wir unterstützen Auslandsinteressen, ohne unsere Kultur
1451 zu exportieren.

1452 ***Geopolitik darf kein Selbstzweck sein und muss***
1453 ***das Selbstbestimmungsrecht der Völker***
1454 ***achten.***

1455 Unser geopolitisches Denken berücksichtigt nicht nur geografische Ressourcen,
1456 sondern auch **Bevölkerung** und Kultur. **Kulturräume sind nicht dafür geschaffen,**
1457 **im Zuge einer weltweiten Globalisierung ihre Eigenständigkeit aufzugeben.**
1458 Stattdessen befürworten wir Raumkonzepte, die kulturelle Unterschiede
1459 respektieren – nur so können sie dauerhaft funktionieren. Es ist an der Zeit, eine
1460 geopolitische Herangehensweise zu entwickeln, die Identität und Kultur in den
1461 Vordergrund stellt. Eine **Welt voneinander unabhängiger, aber miteinander**
1462 **kooperierender Staaten** kann viel friedlicher sein als eine, in der eine einzige Macht
1463 dominiert.

1464

1465

1466 **Multipolare Weltordnung statt globale Einheitsdoktrin**

1467 Deshalb unterstützen wir eine **multipolare Weltordnung**, in der kein Staat die
1468 dominante Rolle einnimmt. In jedem Bündnis muss der nationale Erhalt gewahrt
1469 bleiben. Wir lehnen daher eine Pax Americana genauso ab wie eine Pax Sinica.
1470 Kulturelle Vielfalt darf nicht für eine globale Einheitsdoktrin geopfert werden.

1471 Die Idee eines europäischen Reiches – nicht im imperialen Sinn, sondern als
1472 Raumordnung auf Basis von Souveränität, Identität und gemeinsamer Kultur – ist für
1473 uns kein historischer Anachronismus, sondern Zukunftsmodell. Der EU-
1474 Zentralismus ist kein friedensstiftendes Projekt, sondern ein integrationspolitischer
1475 Irrweg ohne demokratische oder durch die Völker getragene Legitimation. **Die**
1476 **HEIMAT fordert daher die Abwicklung der EU-Strukturen und den**
1477 **unverzüglichen Austritt Deutschlands aus den EU-Verträgen**, um den Weg frei zu
1478 machen für einen Bund europäischer Nationen auf der Grundlage von
1479 Gleichberechtigung, Handelsfreiheit und gegenseitigem Respekt. Deutschland kann,
1480 wenn es zu sich selbst zurückfindet, wieder ein Ordnungsfaktor werden – nicht durch
1481 Expansion, sondern durch Besonnenheit und als geistige Mitte, aus der eine Macht
1482 erwächst, die maßvoll **gestaltet**.

1483 Heimat ist nicht nur eine innere Sehnsucht, sondern ein geopolitischer Begriff: ein
1484 Raum, der nicht nur bewohnt, sondern geordnet, geschützt und verbunden werden
1485 muss. Diese Ordnung muss von den Völkern Europas selbst getragen werden – nicht
1486 von militärischen Bündnissen, supranationalen Behörden oder ideologischen
1487 Allianzen.

1488

1489

1490

1491

1492

1493

1494

1495

1496

1497

23. Zum Schluss: Neue Ordnung oder Untergang

Wir stehen an einem Wendepunkt der Geschichte. Die Auflösung unserer geistigen Grundlagen, die Destabilisierung unserer ethnischen Struktur, die Zersetzung unserer politischen Souveränität – all das ist keine ferne Möglichkeit mehr, sondern alltägliche Wirklichkeit. Wer heute nach Wahrheit fragt, steht unter Verdacht. Wer das Eigene verteidigt, gilt als gefährlich. Wer das Volk retten will, wird zum Staatsfeind erklärt.

Doch genau in diesem Moment beginnt wahre Verantwortung. Denn politische Reife zeigt sich nicht am Gehorsam gegenüber dem Bestehenden, sondern an der Bereitschaft, das Notwendige zu erkennen – und auszusprechen. Unser Programm ist nicht angepasst, nicht ängstlich, nicht berechnend. Es ist der Entwurf einer neuen Ordnung: **nicht gegen andere Völker, aber für das eigene.**

Diese Ordnung ist nicht rückwärtsgewandt, sondern wurzelbewusst. Sie will kein System reparieren, das gegen das Leben gerichtet ist – sie will **das Leben neu ordnen**. Sie denkt vom Volk her, nicht von Machtkalkülen. Sie stellt den Menschen in seiner leiblichen, seelischen, kulturellen Ganzheit wieder in den Mittelpunkt – nicht als Konsument, nicht als Kostenfaktor, nicht als Ideologieträger, sondern als Träger einer lebendigen Gemeinschaft mit Herkunft, Maß und Ziel.

Was auf dem Spiel steht, ist nicht weniger als die Fortexistenz unseres Volkes als geschichtlich gewordene und zukunftsfähige Einheit. Die deutsche Frage stellt sich heute nicht mehr allein als Systemfrage – sondern noch mehr als Seinsfrage. Die Wahl lautet: **Volk oder Bevölkerung. Ordnung oder Auflösung. Zukunft oder Untergang.**

Jeder einzelne Deutsche steht jetzt vor einer Wahl, die über Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes entscheiden kann.

Diese Entscheidung fällt nicht irgendwann. Sie fällt jetzt. In jedem Dorf, in jeder Familie, in jeder Schule, in jedem Betrieb, in jedem Parlament – und in jedem Herzen. Die Geschichte fragt nicht nach Ausreden, sondern nach Antworten für die Zukunft.

Deshalb rufen wir auf: **Zur Sammlung all jener Deutschen, die lieben, was sie sind. Zur Einigung derer, die ahnen, was kommt. Zum Aufbruch derer, die bereit sind, zu kämpfen – mit dem Wort, mit dem Werk, mit der Wahrheit.**

1531 Unsere Aufgabe ist groß. Aber unser Volk war nie für Kleines geboren. Es hat sich in
1532 den Tiefen der Geschichte immer wieder neu erfunden. Jetzt ist wieder so ein
1533 Moment. Was fehlt, ist nicht das Material – sondern der Mut. Nicht das Wissen –
1534 sondern der Wille. Nicht die Gelegenheit – sondern der Entschluss.

1535 **Ordnung oder Untergang – das ist keine Drohung, sondern die Wahl,**
1536 **vor der jeder einzelne Angehörige unseres Volkes jetzt steht.**
1537 **Entscheide dich!**